

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Geld- und Werksammlungsbeilagen kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsbeilagen werden nicht aufgenommen.

Glück  Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theob. Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands; Sitz in Bochum, Wemmelhauser Straße 38-42. Telefon-Nr.: 98 und 80. Telegramm-Adresse: Altkorband Bochum

Was nun?

„Eine große Rolle bei Streiks spielt sobann die Geschäftslage. Diese muß vor allen Dingen eine gute und im Aufschwung begriffen sein. Das gilt bei größeren Streiks nicht nur von der Geschäftslage am Orte, sondern im allgemeinen.“

So steht zu lesen im Handbuch der „christlichen“ Gewerkschaften, Köln 1905, Seite 95. Alle diese Voraussetzungen trafen bei dem diesmaligen Bergarbeiterstreik zu. Die Geschäftslage war eine sehr gute und im Aufschwung begriffen. Nach Berichten der Werkspresse war die Nachfrage geradezu stürmisch. Diese ausgezeichnete Geschäftslage hält auch weiter an. So berichtet das Unternehmerorgan „Die Industrie“ (Berlin), Nr. 158 vom 10. Juli u. a.:

„Nirgends sind Anzeichen zu bemerken, daß die gesunde Marktlage einer Veränderung entgegen geht. Noch immer sind die Werke bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt und trotzdem gehen die Bestellungen weiter so reichlich ein, daß die Lieferfristen nur schwer oder gar nicht innegehalten werden können und die Verbraucher froh sind, wenn sie überhaupt so viel und so rechtzeitig Material erhalten, daß in ihren Betrieben keine Störungen eintreten. Da aber der enorme Bedarf natürlich nicht ewig anhalten kann, treten vorläufige Käufer mit langfristigen Bestellungen mehr und mehr zurück und beschränken sich auf das Notwendigste. Trotzdem müssen doch immer noch so bedeutende Mengen angefordert werden, daß die Aufträge kaum zu bewältigen sind.“

Die Werke sind bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, die Bestellungen gehen weiter so reichlich ein, daß die Lieferfristen nur schwer oder gar nicht innegehalten werden können. Das konstatiert ein Unternehmerorgan! Ungeheure Goldströme werden sich in die Geldbörsen der goldenen Internationale ergießen, die Arbeiter aber leer ausgehen durch die Schuld der ultramontanen Streikbruchorganisatoren. Der Zeitpunkt zur Führung des Lohnkampfes und die Aussicht auf Erfolg waren nie zuvor so günstig, wie diesmal. Gätten die „christlichen“ Pöppel statt Streikbruch Solidarität geliebt, war der Erfolg sicher. Statt dessen traten sie Solidarität, Berufsinteresse und Standeshere mit Füßen, überlieferten durch ihre Denunzationslust tausende braver Menschen der Streikflucht, schrien nach Militär und Maschinengewehren und veranstalteten ein wahnwitziges Kesseltreiben gegen die Streikenden, um den sonst sicheren Erfolg des Streiks zu verhindern. Der erhoffte Auslass für diese in der Geschichte der sozialen Kämpfe einzig dastehende, ruchlose Tat aber bleibt aus.

Die Bechenherren lieben den Verrat, verachten aber den Verräter, das zeigt sich immer deutlich. Diejenigen, welche glaubten, sich durch hervorragende Beteiligung bei der Organisation des Streikbruchs bei den Bechen in empfehlende Erinnerung bringen zu können, sind nicht auf ihre Kosten gekommen. Diese betrogenen Betrüger sehen jetzt allmählich ein, daß sie sich selbst und ihren Angehörigen das Stückchen Brot aus dem Munde „gesiegt“ haben. Die „Siegesfreude“ ist darum einem kläglichen Regenjammer gewichen.

Dieser Regenjammer tritt immer mehr in Erscheinung. Je deutlicher sich herausstellt, daß sich die gehegten Erwartungen nicht erfüllen. Die von den Streikbruchorganisatoren, nicht von den Bechen in Aussicht gestellten Lohnverbesserungen sind nicht eingetreten. Mehr kann verdient werden durch Mehrschichten und Ueberhörsichten. Durch Mehrschichten, Ueberhörsichten und die gezahlten Streikbruchprämien ist der Lohn im ersten Quartal dieses Jahres um ganze 8 Pf., von 4,75 Mk. auf 4,83 Mk. pro Schicht gegen das Vorquartal gestiegen. Noch immer stehen die Durchschnittslöhne um 16 Pf., die Löhne der Hauer und Leiharbeiter um 40 Pf. pro Schicht niedriger, wie im vierten Quartal 1907, wo sie 4,99 Mk. und 6,14 Mk. betrugen. Selbst wenn die Löhne in absehbarer Zeit durch Mehrschichten und Ueberhörsichten auf diese Höhe steigen, haben die Bergarbeiter immer noch keinen Erfolg für die seit 1907 erlittenen gewaltigen Lohnverluste von über 150 Millionen Mark, keinen Auslass für die außerordentliche Verteuerung der Lebensbedürfnisse.

Das alles konnte diesmal wettgemacht werden durch eintiges geschlossenes Handeln. Alle Vorbedingungen dazu waren erfüllt. Die Konjunktur war und ist eine sehr gute und im Aufstiege begriffen; die Organisations- und Klassenverhältnisse der Verbände waren ungünstiger wie 1905. Gätten der Streikbruchgewerkschaften statt Streikbruch Solidarität geliebt, dann wären statt 335 000 300 000 Bergarbeiter auf den Kampfplatz getreten, Militär und Maschinengewehre wären nicht gekommen und das schamlose Kesseltreiben gegen die Streikenden unterblieben. Dann war der Erfolg gesichert. Aber dem ultramontanen Parteiinteresse und dem Profitinteresse der goldenen Internationale haben die „christlichen“ Streikbruchpöppel das Bergarbeiterinteresse geopfert. Sie haben damit sich selbst und ihren Angehörigen das Stückchen Brot aus dem Munde „gesiegt“. Was nun?

Ueber das Grubenunglück auf Osterfeld

erhalten wir von einem Steiger noch folgende Zuschrift:

Nach liegen die Toten von Osterfeld nicht unter der Erde und schon schreibt das Wolffsche Telegraphenbureau: „Das Unglück kann nur durch die Schuld des Schichtmeisters oder der an der Schichtstelle beschäftigten beiden Arbeiter entstanden sein.“ Der formale Beweis ist ja vorhanden. § 215, Abs. 3, der Bergpolizei-Verordnung für den Oberbergamtsbezirk Dortmund bestimmt: „In Gesteinsbetrieben mit ansteigender Kohle ist die Benutzung anderer als Sicherheits Sprengstoffe nur nach besonderer schriftlicher Genehmigung des Revierbeamten zulässig.“ Die schriftliche Genehmigung hat gefehlt und der Schichtmeister hat mit Dynamit geschossen, folglich trägt er die Schuld. Das ist eine so logische Beweisführung, daß sie jeder Laie verstehen kann. Aber die wirklichen Ursachen, die ein solches Unglück ermöglichen, sind doch anderer Art.

Das Unglück ereignete sich in einem Aufbruch von Flöz Mathilde nach Matthias. Ein Aufbruch ist ein Schacht, der von einer unteren Sohle nach einer oberen im Gestein aufgeföhren wird. Das Gestein haben die Arbeiter stets über sich, in dem sie die nach oben zeigenden Sprenglöcher bohren. Die Arbeitsstelle ist also immer der höchste Punkt. Das Grubengas — in Vermengung von Luft nennt man es Schlagwetter — ist leichter als die Luft und sammelt sich an den höchsten Stellen, es läßt sich außerdem von ihnen am schwersten verjagen. Nun gehören die Flöze Mathilde und Matthias der oberen Fettkohle an. Sie liegen direkt unter dem Flöz Katharina und sie sind die schlagwetterreichsten des ganzen Ruhrbezirks. So haben sich die meisten großen Unglücke, z. B. die auf Beche Giberna, in den selben Flözen ereignet. Es war daher in diesem Aufbruch mit Sicherheit mit dem Auftreten großer Mengen Schlagwetter zu rechnen und sie werden sich schon vorher bemerkbar gemacht haben. Wenn auch vom Wettermann geschrieben worden ist: „Alles rein“, so ist in der Praxis das in diesen Flözen so zu verstehen, daß die Schlagwetter so verdünnt waren, daß keine Gefahr vorlag. Am höchsten Punkte waren vielleicht keine zu finden, aber etwas zurück, an den Stößen, wo der Luftstrom nicht mehr so leicht hin kam, hätte ein Reiner dieser Betriebe etwas gefunden. In solchen Aufbrüchen liegt eben der Fall vor, daß eine vollständige Reinheit nicht erreicht werden kann. Würde man diese verlangen, müßte man den Aufbruch stilllegen, damit er monatelang entgasen könnte. Nach wenigen Metern Fortschritt müßte dieses immer wiederholt werden. Dies ist aus anderen Gründen nicht möglich. Daher ist in diesen Aufbrüchen die allergrößte Vorsicht geboten.

Arbeiter und Beamte sind nun beide verpflichtet, mit der größten Vorsicht und Ueberlegung zu arbeiten. Aber leider gibt es eine Reihe von Umständen, die die Erfüllung erschweren. So ist es wenigstens auf den meisten Bechen im Ruhrrevier und auf Beche Osterfeld wird es wohl genau so sein. Im Arbeiter kämpfen zwei Seelen miteinander. Die eine ruft: „Vorschriften beachten“, die andere: „Geld verdienen“. Nun ist der Verdienst von der Leistung abhängig. Und im Aufbruch wird die Leistung vor allem durch das Auftreten von Schlagwetter beeinflusst. Hier ist es in schlagwetterreichem Gebirge gar nicht möglich, überhaupt zu arbeiten, wenn der Buchstabe mancher Vorschriften genau befolgt wird. Erinnert sei hierbei an den Knabodprozess, in dem die Kolonne Thomas die Schwierigkeiten und den Lohnverlust in jenem Aufbrüche schilderte, in dem die Schlagwetter auftraten und in dem später eine Explosion stattfand. Wie dort ist es durchschnittlich überall. Das Gedinge treibt, und wenn infolge der Schwierigkeiten die Leistung sinkt, so gibt der Steiger nichts oder viel weniger, als der Verlust ausmacht. Denn ihm sind die Hände gebunden.

Nun wird beim Betriebe ein Flöz erhoben. Manchmal trifft man es unerwartet und der Ortsälteste hat nur Dynamit bei sich. Die Löhner sind dann für Dynamitladung geböhrt, d. h. sie haben eine viel größere Gesteinsvorgabe erhalten, als wenn die schwächeren Sicherheits Sprengstoffe benutzt werden, für die sogar eine Höchstladung vorgeschrieben ist. Sollen nun neue Löhner geböhrt werden und der Ortsälteste anderen Sprengstoff holen? Extravergütung gibt es nicht. Das Bohren der neuen Löhner erfordert Zeit, noch länger dauert es jedoch meistens, die Sicherheits Sprengstoffe zu holen. Denn Geschöb wird nur am Schichtwechsel, meistens von einem Steiger so nebenbei ausgegeben, damit es nichts kostet. Wo ist der nun zu finden? Sein Revier liegt oft weit vom Schacht. Und wo befindet er sich augenblicklich? Sinzu kommt, daß die Benutzung des Sicherheits Sprengstoffes das Vorriiden verhindert, d. h. die Zahl der Meter geringer wird, nach denen sich der Verdienst richtet, weil ihre Wirkung viel schwächer ist. Alle diese Schwierigkeiten verschwinden nun, wenn mit Dynamit geschossen wird. Der Gedanke an die damit verbundene Gefahr ist bei den Arbeitern geringer, als bei den Leuten, die nur anläßlich eines unglücklich verlaufenen Falles von diesen Vorschriften hören. Der Verdienstausschlag steht immer als drohendes Gespenst vor ihnen, und wenn dieser gar zu groß erscheint, so wagt es der Ortsälteste und schließt mit Dynamit. Will man daher den Arbeiter nicht in diese Versuchung führen, so gebe man in diesen gefährlichen Betrieben einen entsprechenden Schichtlohn und lasse vernünftig arbeiten. Denn seit Einführung der Bohrhammer sind die Gedinge in den Aufbrüchen stellenweise um 50 Prozent gekürzt worden, so daß die reine Schichtlohn gegriffen hat. Die Zahl der in einem Jahre durch die Bohrhammerarbeit Ruinierten ist, nebenbei bemerkt, viele Male größer als die Zahl der auf Osterfeld Verunglückten. Aus diesem Grunde ist ebenfalls die Schichtlohnarbeit geboten.

Auf Osterfeld lag die Sache nun vielleicht so, daß die Hauer im Aufbruch, da ihr eigener Ortsälteste fehlte, einen Schichtmeister bestellten, der für gewöhnlich nur mit Sicherheits Sprengstoffen schöb. Dieser hat sich nun vielleicht gesagt, im Aufbruch muß mit Dynamit geschossen werden, und hat dieses extra geböhrt. Im Aufbruch wurde ihm nun nichts gesagt, oder er erfährt es erst beim Laden der Löhner, daß Kohlen erhöhrt sind. Schöb er nun nicht, so konnte die Witterung eintrüben und nichts

machen, da die Schiffe dann am Anfang der Schicht fielen und der Bezug der Sprengstoffe abgewartet werden mußte, was in Aufbrüchen manchmal sehr lange dauert, wenn die Wühne zugeschossen ist. Wie es nun gewesen, ist gleichgültig, kurz, er hat geschossen und die Gase des Flözes, die bei der plötzlichen Lösung der Spannung in Massen austraten, haben sich entzündet.

Solche Vorgänge zu verhindern, ist Pflicht der Aufsichtsbeamten. Aber deren Aufsicht in Gesteinsbetrieben und vor allem in Aufbrüchen läßt manchmal sehr viel zu wünschen übrig. Die Steiger werden von der Verwaltung in schärfster Weise für die Kohlenförderung verantwortlich gemacht. Wer nicht genug fördert, wird schwer bestraft. Man entzieht den Beamten entweder die Prämie, oder läßt sie zur Strafe Doppelschicht befahren. Dieses Strafschichtenverfahren war auf Osterfeld gang und gäbe. Hier hat man in diesem Jahre schon sämtliche Steiger einer Schicht wieder ansahren lassen und außerdem die einzelnen Beamten sehr oft wieder in die Grube gejagt. Diese rigorose Behandlung hat nun verschiedene Folgen. Um dieses Wiederansahren zu verhindern, konzentriert der Beamte sein ganzes Denken auf die Kohlenbetriebe. Und da die Aufbrüche keine Kohlen, sondern Steine liefern, so interessiert er sich viel weniger für sie. Meistens liegen sie im unaufgeschlossenen Felde, sind abgelegen von den Kohlenbetrieben und nur mit Zeitaufwand zu erreichen. Meistens werden auch in diesen Betrieben zuverlässige Leute beschäftigt, von denen der Steiger glaubt, keinen Verrat zu befürchten, wenn er mal wegbleibt. Außerdem erfordert das Erfletern eines Aufbruchs außerordentliche körperliche Anstrengung. Die Gänge in einem Aufbruch, der im unvertikalen Felde steht, ist sehr groß. Die Leitern stehen senkrecht, und da sich in dem kaum ¼ Quadratmeter großen Zuhrturm auch die Leitern befinden, die circa 40 Zentimeter Durchmesser besitzen, so ist es sehr eng. Man kann bei den unteren Sprossen die Beine nicht freimachen und heraus ziehen, sondern man muß vermittels Klettergürtel den ganzen Körper von Sprosse zu Sprosse ziehen, bis der Platz infolge der Neigung der Fahrten breiter wird. Das wiederholt sich alle vier Meter. Unter solchen Fällen manchmal bis zu 100 Meter hinauf zu turnen, ist keine leichte Arbeit. Und um sie regelmäßig auszuführen, muß der Beamte ausgeruht sein. Wenn man ihn aber wie auf Osterfeld zwingt, des öfteren 16 Stunden pro Tag in der Erde zu sein, ihn ferner mit schriftlichen Arbeiten über alle Gebühr belastet, so ist er gar nicht dazu imstande: „Kommt er dann wirklich hin, so ist er fortwährend in Angst, ob die Förderung im Revier geht. Schnell eilt er weg, um evtl. Störungen zu verhindern. Aber der ermüdete, abgeheftete Körper verursacht auch eine Abspannung des Geistes und während der Anwesenheit werden evtl. Fehler übersehen, noch viel weniger aber notwendige Vorsichtsmaßnahmen für die Zukunft überlegt.“

Der ebenfalls verletzte Steiger Schäfer hat am selben Tage eine Doppelschicht befahren. Auf ihn trifft das vorher Ausgeführte zu. Und es müßte eigentlich zugehen, wenn man ihn nicht wegen des Unglücks noch den Prozess machte. (Schäfer ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. — Die Red.) Ja, wahrscheinlich wird die Bergbehörde die Bechenverwaltung noch loben, daß sie einen solchen Beamten noch geschäftig aufgedreht hat. Denn leider verwechselt die Bergbehörde hier Ursache und Wirkung.

Gerade die Bergbehörde ist es, die an diesen Zuständen die Hauptschuld trägt. Hat doch der Sanitätsminister im Jahre 1909 bei der Beratung der Berggesetznovelle in der Kommission erklärt, die Bechen müßten die Steiger wieder in die Grube jagen, weil sie gar kein anderes Mittel hätten, um die Beamten zur Pflichterfüllung anzuhalten. Und seitdem wenden es auch die Grubenbesitzer in der skrupellosesten Weise an.

Die Schuld an dem Osterfelder Unglück mag daher, was das auslösende Moment anbetrifft, den Schichtmeister treffen. Aber der Boden, solche Unglücke heranzuziehen, wird durch die Verhältnisse vorbereitet. Die Bergbehörde mit ihrer Duldung, die Grubenbesitzer mit ihrer rückwärtslofen, brutalen Jagd nach dem Mammon züchten diese Zustände, die zu Katastrophen führen müssen.

Maschinengewehre statt Schiedsgerichte.

Zur Beilegung wirtschaftlicher Streitigkeiten wurden in den letzten Jahren nicht selten Schiedsgerichte angerufen, deren Spruch sich beide Kontrahenten zu unterwerfen hatten. So wurde in Deutschland z. B. 1910 die große Bauarbeitersperre durch den Spruch eines Schiedsgerichts beigelegt. Auch zahlreiche Lohnstreitigkeiten im In- und Ausland sind schon durch Schiedsgerichte geschlichtet und in England trägt man sich ernsthaft mit dem Gedanken, ein obligatorisches Schiedsamt für alle gewerblichen Streitigkeiten einzuführen. Auch für den deutschen Bergbau bestehen heute schon — theoretisch nur — in den Berggewerbe gerichten solche Schiedsgerichte, die allerdings bei dem Geist unserer Grubenbesitzer einerseits und der organisatorischen Uneinigkeit der Bergleute andererseits noch absolut keine praktische Bedeutung haben, und zum anderen haben unsere Bergleute ja auch nicht das allermindeste Vertrauen mehr zu den Bergbehörden und diese nach unserer Ueberzeugung auch gar nicht den Willen, sich bei Streitigkeiten für die Knapper zu verwenden.

Dennoch sind Schiedsgerichte für alle Berufe mit Tarifverträgen eine konsequente Notwendigkeit und Tarifverträge ohne Schiedsgerichte einfach undenkbar, unmöglich. Nun sind unsere „allerchristlichsten“ Streikführer die lautesten Außer für Tarifverträge, die für sie das gewerkschaftliche Alpha und Omega bedeuten und die sie sogar auf „gütlichem“ Wege zu erreichen gedenken. Gerade nach dem frivolen Streikbruch, den jemals die Welt gesehen hat, flennten und heulten sie die Kohlenbarone an, doch jetzt mit ihnen, den schwarzgelben Verrätern, Tarife abzuschließen, sie als Organisation anzuerkennen. Die Antwort auf solches Gewinsel war ein verächtlicher Fußtritt auf den Allerwertesten der „allerchristlichsten“ Streikführer.

Wie das deutsche Unternehmertum der Groß- und Schwerindustrie über Schiedsgerichte und friedliche Beilegung der Lohnstreitigkeiten denkt, das offenbart uns die „Ganja“, das Organ der deutschen Schiffahrtskapitalisten, der B. A. L. i. n. M. d. r. n. n. und Konfanten, bei Besprechung des Streiks der französischen

Seelen. Ein Teil der Besatzung des französischen Passagierdampfers „La France“ in Havre forderte jüngst eine Lohnaufbesserung von 20 bis 30 Prozent, die jedoch von der Direktion glatt abgelehnt wurde, worauf die Seizer und Kohlenzeiger das Schiff verließen und konnten dieses, trotzdem die Passagiere schon an Bord waren, das Schiff also zur Ausreise fertig lag, nicht auslaufen, weil die Kapitalisten nicht in den Seizraum traten und Dampf machten. Da es in Frankreich keine „christliche“ Streikbruchorganisation unter den Seelenten gibt, erklärten sich alle Seelente des Landes mit ihren Kollegen aus Havre solidarisch, wodurch die französische Schiffsahrt vollständig lahmgelegt wurde. Die Regierung versuchte nun vermittelnd einzugreifen und schlug die Einsetzung eines Schiedsgerichts vor, das von den Arbeitern freudig anerkannt, von den Schiffahrtsproben jedoch abgelehnt wurde. Darüber schreibt nun die „Gazette“:

„Die Regierung, das Organ für die gesamten Interessen der Schiffsahrt, will den Streik durch ein von ihr ernanntes Schiedsgericht schlichten. Unverständlich damit — natürlich nur aus Mitleid mit den sozialen Kriegen — sind die Streikenden. Nichts von dieser goldenen Brücke wollen dagegen die Meeder wissen. Also sind sie die Friedensliebhaber! Wieder mit ihnen! Hoch die friedfertigen Streikenden! So ungefähr las man in französischen Zeitungen Anfang dieser Woche. Ob die Stimmung anhalten oder umschlagen wird, wer kann das bei dem unruhigen Barometer der französischen Volkspolizei vorher sagen. Nehmen wir an, sie bleibt eine Woche lang beständig, nehmen wir auch weiter an, daß sich die Meeder nicht durch das gegen sie gerichtete Vorgehen der Kapitalisten beeinflussen lassen. Gehen wir das, denn die Meeder, wollen sie sich nicht selbst aufgeben, wollen sie sich nicht ganz und gar dem Terrorismus des Wälderbüchens bezahlter Seemannsagitatoren unterwerfen, müssen standhaft bleiben.“

Schiedsgericht? Eine Schraube ohne Ende, eine Einrichtung beinahe immer, in diesem Fall ganz gewiß zum Vorteil der Streikenden. Oder hat schon jemand Schiedsgerichtspräsidenten gesehen, die alle Anträge der Streikenden ablehnen? Waren solche Sprüche aber doch legenden und — wann gefällig, so kann man sich ganz gewiß darauf verlassen, daß sich die Partei der Streikenden mit dem Urteil nicht aufgeben gegeben hat. Entweder sofort oder — aus taktischen Gründen und mit Rücksicht auf Demos — nach kurzer Zeit ist der Streik wieder im vollen Gange. Gründe für ihn? In Frankreich? So ähnlich wie Brombeeren. So gegenstandslos und grundlos wie die Ursache des gegenwärtigen Streiks. Wie war dieser denn entstanden? Unmittelbar vor dem Abgang der „La France“, eines großen transatlantischen, mit Passagieren besetzten Dampfers, forderten die Seizer eine Steuererhöhung um etwa 20 bis 30 Prozent. Selbstverständlich weist die Meeder diese Erpressung zurück. Darauf verlassen die Seizer, obgleich sie angestrichelt waren, den Dampfer. Und er bleibt liegen. Muß mit Passagieren und Fracht liegen bleiben, denn sofort erklärten sich die Schiffsleute am Platze solidarisch mit dem Vorgehen ihrer Kollegen. Das war in Havre. Einige Tage später in anderen Häfen ein ähnliches Bild, in dritten kurzweilige Sympathieparaden und im größten Seelch des Landes Kirchhofes, denn auch die Hafenarbeiter feiern dort aus Kollegialität.

Anstatt die Streikenden von der „La France“ sofort hinter Schloß und Riegel zu setzen, wie das französische Gesetz berechtigt, als Meuterer zu bestrafen, läßt man die Kette in der Pose des Märtyrers oder weiß Gott in welchem bemitleidenswerten Aufzug im Lande mit Parade hantieren. Läßt ihr kraftfähiges Vorgehen zum Ausgangespunkt einer über das ganze Land verbreiteten Arbeitslosigkeit werden, dem Nationalvermögen die tiefsten Wunden schlagen, hunderte von existenzeng wirtschaftlich schädigen — und trübt ihr destruktives Werk schließlich mit dem Bau einer goldenen Schiedsgerichtsbrücke. Anstatt daß die Regierung freiwillig erklärt: weil diese Streikbewegungen, an denen das Land allmählich zugrunde gehen muß, durch den ehemaligen Marineminister Pelletan großzügig abgelehnt worden sind, ist es unsere Pflicht, sie wieder zu vernichten, kommt sie mit dem Schiedsgericht. Mit einem neuen Mittel zum Anreiz der Streikenden. — Natürlich wird es auch die Streikenden der Regierungen geben, die in das Sporn der mit der französischen Regierung verbündeten Presse stoßen, die die (so selten zu beobachtende) Streikfähigkeit der französischen Meeder als einen brutalen Ausfluß ihrer kapitalistischen Macht hinstellen. Denn auch bei uns wird die Einrichtung des Schiedsgerichts lebhaft verteidigt und als vorzügliches Mittel zur Schlichtung von Lohnbewegungen angepriesen. Gewiß, wo beide Parteien nichts gegen einen schiedsgerichtlichen Spruch einzuwenden haben. Aber sie sind in der Minderheit, so sehr in der Minderheit, daß man getrost sagen kann, der schiedsgerichtliche Gedanke wird weit mehr zum Anreiz als zum Schlichter eines Streiks in die Tat umgesetzt.

Das sind die ungefähren Gedanken auch unserer Kohlenbarone, die in jeder Lohnforderung eine Erpressung sehen und die „Kette“ am liebsten hinter Schloß und Riegel gesperrt haben wollen, als ihnen auch nur einen Pfennig zu bewilligen oder einen unparteiischen Schiedspruch anzuerkennen! Eine Arbeiter-

forderung, die ihren dreimal heiligen Proft bedroht, schädigt das Nationalvermögen, denn für sie ist Nation, Vaterland und ihr eigener Geldbeutel ein und dasselbe. Die Regierung ist zum Schutz der Nation, des Vaterlandes, ergo zum Schutz des großen Geldbottels da und sofort Arbeiter diesen bedrohen, hat sie Maßnahmgewalt ausführen zu lassen, nicht aber auf friedlichem Wege eine Schlichtung zu versuchen und dadurch die „Kette“ noch zu — Märtyrern zu stampeln. Und vor solchen Kapitalproben erstirbt die „allchristlichste“ Streikbruchleitung voller Vertrauen!

23. internat. Bergarbeiterkongress.

(Abgehalten vom 8. bis 12. Juli in Amsterdam.)

Es war das erste Mal, daß sich die Vertreter der internationalen Bergarbeiterföderation in einer holländischen Stadt versammelten, um erneut ihre Stimmen zu erheben für die Forderungen der gesamten Bergarbeiterschaft. Daß Holland dieses Mal erforsen wurde, hat seinen Grund in dem Anschluß der jungen holländischen Bergarbeiterorganisation an die internationale Föderation der Bergarbeiter.

Eröffnet wurde die erste Sitzung des Kongresses durch den Vizepräsidenten der englischen Bergarbeiterföderation, Kamerad Smillie, da, wie unsere Kameraden wissen, der langjährige Präsident der internationalen Bergarbeiterföderation, Kamerad Edwards, leider kürzlich verstorben ist. Nach Eröffnung des Kongresses erhielt das Wort der Vertreter der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Dr. van der Waerden. Dieser begrüßte im Namen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands den Kongress und wünschte den Arbeiten desselben besten Erfolg. Er bedauerte aber auch, daß es auch in Holland bisher nicht möglich gewesen sei, eine einheitliche Arbeiterbewegung den Kapitalisten gegenüberzustellen. Auch bei ihnen würden die Arbeiter künstlich von sogenannten Christen zersplittert in „christliche“ und „unchristliche“ Organisationen. Das sei um so mehr zu bedauern, als auch bei ihnen die sogenannten Christlichen nichts anderes seien als Streikbrecher.

Nach v. d. Waerden sprach W. Liegen ebenfalls im Namen der holländischen Arbeiter. Auch er heißt die Kongressdelegierten in Holland und speziell in Amsterdam willkommen. Redner wirft einen kurzen Blick auf die Entwicklung der Bergbauindustrie in Holland und betont, daß so wie diese, auch die holländische Bergarbeiterorganisation noch jung sei. Vor etwa 15 Jahren wären in Holland nur etwa 450 Arbeiter im Bergbau beschäftigt gewesen, gegenwärtig seien es schon über 7000 Arbeiter. Die Kohlenproduktion sei im letzten Jahre bereits auf 292 289 T. gestiegen.

Der Vorsitzende der Generalkommission der holländischen freien Gewerkschaften, D. de G. gest, begrüßt den Kongress im Namen der holländischen Gewerkschaften. Auch er betont, daß die holländischen gewerkschaftlichen Organisationen noch jung und daher verhältnismäßig schwach seien. Doch seien gute Ansätze vorhanden, die hoffen ließen, daß es in absehbarer Zeit gelingen werde, den Unternehmern solche Organisationen entgegenzustellen, die in der Lage wären, auf die Betriebsverhältnisse im günstigen Sinne für die Arbeiter einzuwirken.

Dann nimmt der Tagespräsident des Kongresses, Kamerad Smillie, das Wort zu längeren Ausführungen. Er bedauert zunächst, daß Kamerad Edwards nicht mehr unter uns weilte und daher diesen Kongress nicht mehr eröffnen konnte. Dann heißt Kamerad Smillie den Kongress im Namen der internationalen Komittees der Bergarbeiter willkommen.

Kamerad Smillie wirft dann einen Blick auf die Bergarbeiterbewegungen dieses Jahres in England, Belgien, Deutschland, Österreich und Amerika und betont, diese Bewegungen hätten erneut bewiesen, wie wichtig die internationale Föderation der Bergarbeiter sei. Kamerad Smillie erläutert die in ihrem Kampfe erzielten Erfolge und besonders das Minimalgehalt. Da dieses unseren Kameraden bereits bekannt ist, brauchen wir darauf nicht näher einzugehen. Bemerkte sei noch, daß Kamerad Smillie ausdrücklich hervorhob, daß der jetzige Zustand einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem früheren bedeute. Es könne jetzt nicht mehr vorkommen, daß die Kameraden am Lohnstage vielleicht noch 60 Schillinge herauszu-

bekommen hätten und nur 25 Schillinge erhielten, heute sei ihnen ein Minimallohn garantiert. Er hofft und wünscht, daß es auch den Bergarbeitern der anderen Länder bald möglich sei, Minimallohne durchzusetzen.

Schließlich kommt Kamerad Smillie auf die Wichtigkeit des Völkerrfriedens zu sprechen und weist darauf hin, daß die Arbeitererschaft auch berufen sei, Kriege zwischen den einzelnen Nationen zu verhindern. Die herrschende herrschende Klasse sehe ihren Vorteil in den Kriegen, den von dieser Seite häufig initiierten Kriegshereien müsse daher seitens der Arbeiter energisch entgegengewirkt werden. Redner stellt die Kriege in Parallele mit den wirtschaftlichen Kämpfen und betont, daß die Arbeiter auch keine Streiks wünschten, aber so lange die Unternehmern sich unnachgiebig zeigten, könnten die Arbeiter dieses Kampfmittel nicht entbehren.

Kamerad S. a. f. e. dankt für den herzlichen Empfang, welcher den Delegierten in Amsterdam zuteil geworden sei. Er bedauert auch den Tod des Kameraden Edwards, wodurch der englischen nationalen wie der internationalen Bergarbeiterbewegung ein schwerer Verlust entstanden sei. Bezüglich der Ausführungen des Kameraden Smillie über die Frage des Völkerrfriedens bemerkt Kamerad S. a. f. e., daß die deutsche Delegation auf dem Standpunkt stehe, daß es sich hierbei um eine ausschließlich politische Frage handle, mit der sich der Kongress nicht zu beschäftigen habe. Nichtsdestoweniger unterstützen wir die Bestrebungen, die Kriege zu verhindern, denn von diesen hätten die Unternehmern Nutzen, während die Arbeiter Schaden hätten. Wir unterstützen diese Bestrebungen aber auch im Interesse der Menschlichkeit. Wegen der letzten Sitzung des internationalen Komitees, so führt Kamerad S. a. f. e. weiter aus, sind wir von den „Christlichen“ angegriffen worden, wir hätten uns unsere Direktiven für unsere Lohnbewegung von England geholt. Daran glaubten natürlich die „Christlichen“ selber nicht, aber sie hätten das getan, um die öffentliche Meinung und die Regierung gegen die Bergarbeiter aufzuheizen, das sei ihnen leider auch gelungen. Ganz besonders sei aber zu bedauern, daß der größte Teil der „Christlichen“ organisierten Bergarbeiter den von ihren Führern initiierten Verrat mitgemacht hätten.

Kamerad L. a. m. d. n. (Frankreich) bedauert im Namen der französischen Delegation den Tod des um die internationale sowie die englische Bergarbeiterbewegung hochverdienten Kameraden Edwards. Bezüglich der Friedensfrage hatten die französischen Bergarbeiter beabsichtigt, eine Resolution einzubringen, sie haben jedoch davon Abstand genommen und schließen sich der Haltung der anderen Organisationen an.

G. e. o. m. e. r. (Amerika) spricht seine Freude darüber aus, daß es ihm vergönnt sei, an den Arbeiten des Kongresses wieder teilzunehmen. Sie hätten mehrere Jahre sich nicht an den Kongressen beteiligt, auf die Gründe hierfür wolle er jedoch nicht eingehen. Kamerad Geomer, der übrigens ein geborener Deutscher ist, teilt dann mit, daß man jetzt auch in Amerika bestrebt sei, die Bergarbeiter in christliche und unchristliche zu zersplittern, doch würden sie diese Zersplitterung zu verhindern wissen.

Dejardin (Belgien) betont, daß die belgischen Bergarbeiter bezüglich der Friedensbestrebungen auf demselben Standpunkt stehen, wie die Kameraden der anderen Länder. Schon zu Friedenszeiten koste der Militarismus das kleine Land Belgien jährlich 10 Millionen Franken, wie würde es erst bei einem Kriege werden! Dem Bedauern der anderen Redner über den Tod des Kameraden Edwards schließt sich Kamerad Dejardin ebenfalls an und würdigt dessen Verdienste um die internationale Bergarbeiterföderation.

Nachdem die Wahlen der diversen Kommissionen getätigt sind, wird in die Verhandlung der Tagesordnung eingetreten. Kamerad G. f. e. r. s. (Holland) begründet folgende Resolution:

1. „Arbeiterinspektoren. Dieser Kongress ist der Ansicht, daß die möglichst größte Sicherheit in den Gruben nur herbeigeführt werden kann durch von den Arbeitern gewählte und vom Staate besoldete Grubenkontrollanten. Diese müssen das Recht haben, so oft wie sie wollen oder die Arbeiter es verlangen, die Gruben zu inspizieren.“ — Holland.

Kamerad G. f. e. r. s. führt aus, daß die bisherige Grubenkontrolle unzulänglich sei, was die Unfallzahlen beweisen. Aber auch in Holland weigere sich die Regierung, von den Arbeitern

Die Rechte des Menschen in einer zivilisierten und christlichen Gesellschaft.

Von August Strindberg.

Strindberg, der bekannte schwedische Volksdichter, erhebt sich in unserer Zeit als ein Kämpfer um freiheitliche Menschenrechte. Sein Kampf richtet sich jahrzehntelang gegen die Vorurteile der bürgerlichen Gesellschaft, die das Individuum verdrängen, und gerade in den letzten Lebensmonaten nahm er noch einmal an Entschiedenheit zu: der Dichter näherte sich der politisch ringenden arbeitenden Klasse seines Heimatlandes. Mit seiner alten Energie, dem, was er meinte, irgendwo als alsbald durch die Tat Ausdruck zu geben, überwiegt er von der Volkspoppe von 50 000 Kronen, die man im Januar zum guten Teil als Protest gegen seine abermalige Uebergehung bei der Verteilung des Nobelpreises für ihn sammelte, lediglich 5000 Kronen an die organisierten Arbeiter und kürzlich gab er wieder eine größere Summe an den sozialdemokratischen Jugendverband. Der gewöhnliche Wahnsinn, der in Schweden anlässlich einer im konservativ-parteilichen Interesse in Szene gesetzten Panzergefechtsparade grassierte, brachte Strindbergs Kraft in Bewegung. Das haben die Arbeiter dankbar empfunden. Und seinen letzten (63. Geburtstag am 22. Januar, den die sozialdemokratischen Arbeiter Stockholm durch einen Fackelzug feierlich begingen, feierte Strindberg selber, indem er einen längeren Artikel im „Social-Demokraten“ publizierte, dem später noch eine ganze Reihe von Beiträgen in derselben Zeitung gefolgt sind. Dieser Artikel Strindbergs wird auch für die deutsche organisierte Arbeitererschaft von Interesse sein. Wir geben ihn in deutscher Uebersetzung hier wieder:

Wenn ein Mensch in einer zivilisierten Gesellschaft geboren wird, wird er mit Rechten geboren, denn die Gesellschaft wartet darauf, dem Neugeborenen, sobald die Zeit da ist, Pflichten abzuverlangen. Das Kind hat Rechte auf Unterhalt und Erziehung, und die Gesellschaft soll allen Kindern Unterhalt und Erziehung gewähren, deren Eltern durch Not oder Unordentlichkeit daran verhindert sind, es selber zu besorgen, denn selbst wenn die Eltern schädliche Haushalter sind, darf das Kind nicht dafür bestraft werden.

Aber da das Leben im Stadium ist, auf dem ein Weltkampf stattfindet, ist es billig, daß alle gleichmäßig für den Staat ausgerüstet werden. Das geschieht am besten in der gemeinsamen Grundschule, obligatorisch und gleich für alle, in der die Elemente mitgeteilt werden. Lesen, Schreiben und Rechnen heißen die Schlüssel zu allem Wissen, denn mit ihnen kann man sich späterhin selber alles übrige, was in den Büchern zu finden ist, beibringen.

Der Anlage oder Lust hat, mehr zu lernen, mag es tun, aber damit sollen kein Rang oder andere Privilegien folgen als die, daß ein jeder auf seinen Platz kommt.

Aber einer, der studieren will, soll nicht die Forderung haben, daß ihm der Staat Platz schafft, sondern soll es als einen günstigen Umstand betrachten, daß er auf diesem oder jenem Gebiet mehr weiß, als andere weniger begünstigte. Wenn jedermann, seiner natürlichen Begabung, Veranlagung und Lust folgend, seinen Beruf gewählt hat, soll es ihm freistehen, ohne alle Einschränkung so weit nach Verdienst bestrebt zu werden, wie seine Geschicklichkeit im Beruf reicht.

Die Einrichtungen in unserem heutigen veralteten Staatenstand sind: 1. Das Abiturium, das in sich selbst ein Hindernis ist, denn niemand kann im Laufe eines halben Tages zeigen, was er wirklich kann, aber er kann sehr leicht zu Fall kommen über einige Details, die er vergessen hat in diesem Sammelklausur von Wissen, das ins Konversationslexikon gehört. Das Abiturium, das die ganze Jugend gekostet hat, gibt demnach kein Wort, sondern ist nur die Einleitung zur Ausbildung.

Das Abiturium ist insofern ein Schlagbaum auf dem Weg und scheint etwas zu sein, das einen privilegierten Stand mit Rang, Titel, und deswegen fort muß. Die Erfahrung hat ja gezeigt, daß ein Mann ohne jegliches Examen einen Staat regieren kann (Amerikas Präsident), und daß die Mitglieder des Königs in einer Monarchie den verschiedenen Regierungsdepartements ohne Examen und Detailkenntnisse vorstehen können. Dies ist ja ein glänzender Beweis für die Entbehrlichkeit des Examins.

In einem vollkornigen Staat (die Schweiz) ist die Regierungsart sehr einfach und das Staatsamt ist oft ungelohnt, wird als ein Ehrenamt betrachtet; eine Vertrauensstelle, die auch nicht indirekt mit einem bunten Rock oder Orden belohnt wird.

In unseren zivilisierten Ländern, wie Post, Telegraph, Eisenbahn, sollte die Beförderung uneingeschränkt sein. Niemand könnte der Briefträger, der ja schreiben und rechnen kann und dem große Geldsummen anvertraut werden, sehr wohl an das Rast gelegt werden, wenigstens für die inländische Post, wenn ihm die Kenntnisse in fremden Sprachen fehlen.

Bei der Eisenbahn soll der Unterbeamte Bahnhofsinспектор werden können, da es sich gezeigt hat, daß häufig ganz fremde Personen, die keine Ahnung von der weitläufigen Organisation des Verkehrs haben, als Inspektoren platziert werden, derart, daß die fachverständigen Untergebenen das Amt versehen müssen.

In den höheren Graden werden im allgemeinen so wenig Berufskennzeichen verlangt, daß man tagtäglich die unbegreiflichsten Beförderungen sieht. Heute ist dieser Mann Geologe; gleich darauf ist er Rat bei der Handelskammer; hernach taucht er als Tarifdirektor bei der Eisenbahn auf; und schließlich sieht er und regiert ein Vize (Provins), was weder etwas mit Geologie, noch Handel, noch Eisenbahnverkehr zu tun hat. Hier sieht man deutlich, daß die Geschicklichkeit im Beruf nicht der Grund der Beförderung ist; und die ganze Welt weiß, daß es der Landesfiskus (und sein nächster Mann) ist, der das Amt verwaltet — und daß das Amt des Landeshauptmanns (Oberpräsidenten) nur des Inhabers wegen da ist.

Der zweite Schlagbaum auf dem Stadium ist der Stern des Leutnants. Da der Abiturient früher dem Leutnant durch seine Gelehrsamkeit den Vortritt freitig machte, so wurde der Leutnant ebenfalls mit dem Abiturientenzeugnis versehen, und jetzt war er unbestritten. Natürlich waren dies keine Kennzeichen, die im Kriegsdienst nötig sind, sondern dies Zugunstabzeichen geistlich auf Kosten der militärischen Ausbildung. Der Unteroffizier wurde mehr Krieger als der gelehrte Offizier. Man sagt, daß der Krieg eine Wissenschaft geworden ist. Das ist vollkommen unwahr. Pulver, Kanonen und Panzerschiffe werden nicht den Offizieren beigegeben, sondern den Ingenieuren und Arbeitern. Eine Truppe zu führen ist heute einfacher als früher, und als Lehrer im Schießen verwendet man wohl noch meistens den Unteroffizier, der beim Gewehr groß geworden ist, was der Offizier nicht ist. Das ganze Leben und alle Schreibereien in der Kaserne werden von dem Unteroffizier besorgt, der jeden Mann im Giech, seine Fertigkeiten und Unzulänglichkeiten kennt. Man fragt: warum wird er nicht befördert, warum ist ihm keine Bahn mitten auf dem Wege versperrt? Antwort: weil es Klassen und Klassenunterschiede gibt, in einer Promenade nämlich, wo das Machtzentrum seinen auserwählten Zuhörerschaften etwas von seiner Macht mitteilt, um einen Stolz von Gehörgehenden im Gehorsam erhalten zu lassen. Wer das ist nicht die Idee und Aufgabe des Staates, die das Volk aller ist, der die Rechte aller wahrnehmen soll, und der neuere zivilisierte Staat redet nicht von Klassen und Klassen. Derartiges ist eine unerlaubte Rückkehr zu einem Urzustand, den es nur in den ältesten Despoten weit hinten in Indien gegeben hat.

Am besten merkt man diesen Strich, diese Grenzschleibe in unseren Klammern und Werten, wo es den Posten der Bureaudienerei gibt. Der Bureaudienerei ist ein Diener und wird deshalb bei Namen ohne Herrschaftstitel gerufen; während der Beamte (der doch Diener des Publikums ist) Herr genannt wird.

Es ist aber doch so, daß alte Bureaudienerei in gewissen Klammern so wohlwollend und erfahren in allen Angelegenheiten sind, daß sie die neuangestellten Beamten einlernen müssen, und ich habe bemerkt, wo der erste Bureaudienerei die wirkliche Stütze, beinahe der nächste Mann des Chefs war. Bei den Poststationen wird beispielsweise der ganze Dienst von einem alten Bureaudienerei versehen, wenn der Chef auf der Jagd ist oder (sich) Urlaub (genommen) hat; aber der Bureaudienerei erhält deswegen keine Extravergütung, keine Gehalts-erhöhung oder Beförderung. Bureaudienerei ist keine angenehme Bezeichnung, und wenn der Beamte auch dem Publikum dient, behandelt er doch den Bureaudienerei als einen Diener, was unrichtig ist, und es könnte an der Zeit sein, daß man diese dumme, veraltete Bezeichnung gegen beispielsweise Assistent oder etwas Derartiges austauscht. In Privatbanken weiß ich Laufjungen und Bureaudienerei, die auf Grund von wirklichem Verdienst zu Beamten befördert wurden.

Dann haben wir die Diensthöfen! Da man schließlich den freien Austausch zwischen Arbeit und Lohn anerkannt hat, da Verbindung und Beförderung und Beförderungsberechtigung in der Praxis aufgehoben sind, sollte die Stellung des Diensthöfen in einem Haus eine andere Grundlage als Hausherrrecht und Verbindung haben. Der Diensthöfen gibt seine Arbeit im Austausch gegen Lohn und Kost, und der Vertrag ist freiwillig. Weshalb da den Diensthöfen als einen Untergebenen behandeln, da der Hausherr ebenso abhängig von dem Diensthöfen ist, und also in Abhängigkeit von diesem steht? Warum soll das Diensthöfen als angedeutet werden, weil sie einen Arbeitsvertrag abgeschlossen hat, und warum ihren bürgerlichen Namen verlieren, mit welchem Recht wagt man sich in ihr Privatleben? Es ist ja nichts weiter nötig, als daß der Diensthöfen den Diensthöfen verläßt, damit man merkt, wie hilflos man ist, wenn das Haus auf dem Kopf steht; man kann ja rein gar nichts, kein Feuer und keine Lampe anzünden, kein Bett machen, nicht almeischen, und vor aller Dingen kein Essen kochen, was eine große Kunst ist. Bei solcher Gelegenheit kommt einem ein Begriff davon, wieviel Dank wir der Unentbehrlichkeit schulden, ohne die sich das Leben nicht leben ließe — von den oberen Klassen.

Aber ich habe dieser Zeitung versprochen, einmal etwas über meine Erinnerung von zwei großen Streiks zu schreiben, und wie ich darüber kam, was für hilflose, überflüssige Zugunstabzeichen die Arbeiter sind, und wie unsere ganze Gesellschaft mit all ihrer Kultur, mit den Blüten Kunst und Poesie und herrliche Geschicklichkeit nur auf Gnaden da ist, auf Gnaden derer, die das Fundament und die Grundmauern sind.

Sollte die Arbeit nach Verdienst bezahlt werden, müßte die Industrie aufhören, hat jemand gesagt. Was ist denn jenseits, wenn sie auf einen so ungerechten Grund gebaut ist, als einem Untergebot, daß auf dem Mißbrauch der Notlage eines Nächsten. Und mögen die, die den Klassenkampf predigen, lieber daran bedacht sein, die Klassen und die Klassenräume fortzuräumen, den Zutritt zum Stadion freizumachen und darüber zu wachen, daß der Staat allen Menschen unter gleichen und gleich günstigen Umständen eine Kunst hat. Das würde den Weg hüllen, das Leben erträglich und hoffnungsvoll für die machen, die ohne Hoffnung da unten ruhen, ohne Hoffnung, jemals an die Seite ihrer Mitmenschen heranzukommen, jener Oberen, die sich einbilden, daß sie die ersten sind, gleich sie, wie man schließlich einsehen wird, die letzten sind.

gewählte, freigestellte Grubenkontrollen einführen. Die Unternehmer behaupten, daß die Arbeiterkontrollen zu politischen Zwecken gebraucht würden, falls man solche einführe.

Kamerad Witt (Deutschland) unterstützt die Resolution und weist darauf hin, daß jetzt schon feststeht, daß durch das in Deutschland eingeführte Sicherheitsmännchen kein besserer Schutz für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter herbeigeführt worden sei. Das beweisen die Unfallzahlen, welche seit der Einführung der Sicherheitsmännchen keine Verringerung, sondern eine weitere Steigerung erfahren haben. Medner befragt dieses mit Zahlenmaterial aus dem Jahresbericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft.

Ferner wird die Resolution unterstützt von Rednern sämtlicher vertretenen Landesorganisationen. Alle betonen, daß auch in ihren Ländern der Bergarbeiterschutz sehr viel zu wünschen übrig lasse, wofür eine Menge Beispiele beigebracht wurden.

Um 5 Uhr nachmittags wurden die Verhandlungen abgebrochen und der Kongreß vertagte sich auf Dienstag vormittags 10 Uhr.

Am Dienstag war E. F. S. (Solland) Tagespräsident. Die Debatte über die Resolution wurde fortgesetzt. Es sprachen noch Vertreter von Belgien und Amerika zu derselben im zustimmenden Sinne. Besonders betont der amerikanische Delegierte, daß es in Amerika mehr wie anderswo notwendig sei, einen besseren Bergarbeiterschutz herbeizuführen; dort sei die Unfallziffer höher als irgendwo anders. Dabei sei noch zu berücksichtigen, daß die amerikanische Unfallstatistik sehr unvollkommen sei und nicht alle vorkommenden Fälle davon erfasst werden.

Die Resolution wird darauf einstimmig angenommen.

Die Mandatsprüfungskommission erstattet darauf Bericht. Es sind danach anwesend: England 67 Delegierte, 588 000 Mitglieder; Deutschland 6 Delegierte, 164 Mitglieder; Belgien 7 Delegierte; Frankreich 8 Delegierte, 40 000 Mitglieder; Amerika 8 Delegierte; Solland 2 Delegierte, 1000 Mitglieder. Zusammen 93 Delegierte.

Oesterreich war auf dem Kongreß nicht vertreten. Die österreichischen Kameraden haben deshalb keine Delegierten geschickt, weil sie die internationalen Kongresse nur alle zwei Jahre abgehalten wissen wollen.

Es werden dann folgende Resolutionen zur Debatte gestellt:

1. „Verstaatlichung der Bergwerke. Der Kongreß diskutiert die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke durch den Staat und deren Ausbeutung im Interesse der Allgemeinheit.“ — Belgien.

2a. „Dieser Kongreß ist der Ansicht, daß alles Land, alle Bergwerke und alle Eisenbahnen im Interesse der Industrien der verschiedenen Länder verstaatlicht werden sollten.“ — Großbritannien.

2b. „Bergwerkseigentümer dürfen nicht an Privatsleute vergeben werden. Das allgemeine Interesse verlangt, daß die Bergwerke zum Nutzen der Allgemeinheit betrieben und daß die Interessen der Arbeiter, der unentbehrlichen Produzenten ernstlich gewahrt werden.“ — Frankreich.

Die Resolution Nr. 2 wird von De Jardin (Belgien) begründet. Er betont, daß die Verstaatlichung der Bergwerke unter anderem auch aus dem Grunde wünschenswert sei, damit Gewähr geboten würde, daß die Gesetze, welche die Parlamente zum Schutze der Bergarbeiter schaffen, auch befolgt würden, das geschieht in Belgien vielfach nicht.

Die Resolution Nr. 2a wird von einem englischen Delegierten begründet. Er betont, daß es für die einzelnen Nationen und besonders für die Arbeiter derselben sehr schädlich sei, wenn nicht nur die Bergwerke und Fabriken, sondern auch das Land, die Eisenbahnen und Wasserwege sich im Besitze von Privatkapitalisten befänden, wie es in England der Fall sei. Er weist an Hand von Zahlenmaterial nach, wie die Kapitalisten ihre Monopolstellung zum Nachteile der Nation und zu ihrem Vorteile ausnützen.

Die Resolution 2b wird von dem französischen Delegierten Choquet begründet, welcher den Kongreß bittet, der französischen Resolution zuzustimmen.

Zu Beginn der Dienstag-Nachmittagsung wird über einen Beschluß des internationalen Komitees verhandelt betreffend den belgischen Antrag: Die internationale Regelung der Produktion. Auf Vorschlag des Kameraden Sue wurde beschlossen, daß die nationalen Sekretäre der internationalen Bergarbeiterföderation dem Sekretär der letzteren bis zum Schlusse dieses Jahres die Unterlagen zum Studium der Materie liefern sollen. Danach soll sich das internationale Komitee mit der Frage beschäftigen.

Dann wird die Beratung der oben mitgeteilten Resolutionen 2, 2a und 2b fortgesetzt und erhält Kamerad Sue dazu das Wort. Er führt aus, daß die deutschen Delegierten, soweit sie unserem Verstande angehören, für die Verstaatlichung der Bergwerke sind. Mit dem Wortlaut der englischen Resolution können wir uns indessen nicht einverstanden erklären, da unklar ist, wie das „im Interesse der Industrie“ zu verstehen ist. Im Prinzip sind wir aber jedenfalls für die Resolution, wenn die französische als Amendement dazu angesehen wird.

Die englische Delegation ändert darauf ihre Resolution insofern, als statt „im Interesse der Industrie“ gesetzt werden soll: „im Interesse der Allgemeinheit.“

Nachdem sich auch die Redner der übrigen Landesorganisationen zustimmend zu den vorliegenden Resolutionen geäußert, werden dieselben angenommen.

Es folgt dann die Beratung der Resolution zu Punkt 3 der Tagesordnung, welche lautet:

3. „Einschränkung der Förderung. Dieser Kongreß tritt für eine einheitliche Arbeitswoche von nicht mehr als fünf Tagen auf allen Becken in den auf diesem Kongreß vertretenen Distrikten ein. Diese Frage ist dem internationalen Komitee zu überweisen, damit dieses einen Plan ausarbeitet und ein Datum festsetzt, an dem nach seinem Urteil die fünfjährige Arbeitswoche beginnen kann. Das Komitee soll einen Bericht ausarbeiten, gedruckte Exemplare davon an alle Distrikte schicken, und der im Jahre 1913 abzuhaltende Kongreß soll endgültig das Datum bestimmen, an dem die fünfjährige Arbeitswoche ihren Anfang nehmen soll.“ — Großbritannien.

Inzwischen ist ein Telegramm eingelaufen, welches ein größeres Grubenunglück in England meldet. Der Kongreß erhebt sich zu Ehren der Verunglückten von den Sitzen. Es wird beschlossen, eine Beileidsbesprechung den Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe zu senden.

Dann begründet ein englischer Delegierter die oben mitgeteilte Resolution. Er sagt, die Grubenarbeit sei so schwer und anstrengend, daß eine Arbeitswoche von fünf Tagen hinreichend lang ist. Kamerad Schmitt (S.-D. Gewerbeverein — Deutschland) weist sich den Ausführungen des Vorredners an und verurteilt ganz besonders das Ueberfordern der Arbeiter, welches in Deutschland herrscht. Diese aber haben ihren Grund in den zu niedrigen Löhnen der Bergarbeiter. Erst wenn es uns gelingt, die Löhne so zu gestalten, daß die Bergarbeiter einen auskömmlichen Lohn verdienen, wird auch das Ueberfordern verschwinden. Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

Glossen zu dem britischen Bergarbeiterstreik.

II.

Wenn man die Bemerkungen, die der „Bergknappe“ in den Nummern 16 und 17 dieses Jahrgangs über den Generalstreik der britischen Bergarbeiter veröffentlichte, liest, so könnte man meinen, daß sie nicht von Bergarbeitern, von Leuten, die den Berufsgeossen in einem anderen Lande sympathisch und verständnisvoll gegenüberstehen, stammen, sondern von Kapitalisten, die über die imposante Bewegung der britischen Knappen aus dem Häuschen geraten sind und ihrer Unlust nun durch gehässige Bemerkungen Luft machen. Genau so schrieben zur Zeit des Streiks die Klopfflechter der englischen Schafsmacher, nur daß die Gehässigkeiten des „Bergknappen“ einen Stich ins Komische haben, da die Herren vom „Bergknappen“ für sich ein Patent auf die Lehren des milden Nazareners beanspruchen.

Als den Kränkungen und Windungen der bezogenen Artikel des „Bergknappen“ zu folgen, verlohnt sich nicht der Mühe. Der unchristliche Kritischreiber hatte einen schweren Stand. Er hatte die Bewegung der britischen Bergarbeiter zu beschreiben und fühlte die ganze Zeit, daß es seine eigentliche Aufgabe sei, seine eigene faule Sache zu verteidigen. Da stand der riesenstreik der englischen Kameraden groß und klar im Bilde der Geschichte als eine ungeheure Offenbarung der Arbeiter-solidarität, der höchsten und edelsten Tugend der Arbeiterschaft. Und dicht daneben stand der jämmerliche Streikbruch seiner eigenen Organisation, der diese bei allen organisierten Arbeitern der Welt verdienstermaßen verächtlich gemacht hat. „Christlich nennen sich die Menschen?“, sagte uns ein alter britischer Bergarbeiterführer, der auch bei dem „Bergknappen“ wegen seiner „Mäßigung“ gut angeschrieben steht; „ich nenne ihre Handlungsweise höchst unchristlich; der Verrat ist keine christliche Tugend.“ Wie sollte es der „Bergknappe“ nun zustandebringen, daß das helle Licht von England den dunklen Ehrenmann des „Christlichen“ Gewerbevereins nicht gar zu grell beleuchte. Er vertiefte auf den einfachen Plan, die Bewegung in England auf die Verbeugung der Bergarbeiter durch die Sozialdemokratie zurückzuführen. Das kostete am wenigsten Kopfarbeit, stand ihm doch der ganze Kugelschall der kapitalistischen Algenpresse zur Verfügung. Schließlich wird es ihm bei den Versuchen, die Wahrheit zu korrigieren, doch etwas sonderlich zu Mute. „Eigentlich eine ganz tolle Geschichte“, ruft er aus, indem er sich an den Kopf faßt, „daß eine durchweg anders gestimmte Arbeiterschaft sich wie hier leiten läßt.“ Ja, eine tolle Geschichte!

Der Schluß der Weisheit ist: „Der ganze Streik ist ein Sieg des Sozialismus und der sozialistischen und anarcho-sozialistischen Bewegung.“ Brühwarm aus dem Herdfeuer der reaktionären „Daily Mail“ oder „Wall Gazette“ entnommen!

Unter „anarcho-sozialistisch“ versteht der „Bergknappe“ „syndikalistisch“. Die Behauptung, daß die Syndikalisten hinter der Generalstreikbewegung in Großbritannien standen, ist von der Schafsmacherpresse Großbritanniens und Deutschlands so beharrlich verbreitet worden, daß es wohl nötig ist, gegen diese pure Erfindung entschieden aufzutreten. Eine syndikalistische Bewegung gibt es in England nicht; sie ist ein Kind der Unternehmerrhetorik. Wohl gibt es einzelne Leute, die sich Syndikalisten nennen, aber von einer Bewegung zu sprechen ist purer Unfug. Zu Anfang des Streiks in Großbritannien machte die englische Unternehmerrhetorik viel Wesens von einer starken syndikalistischen Bewegung unter den Bergarbeitern in Südwales und berief sich als Beweis für das Bestehen dieser Bewegung auf eine kleine syndikalistische Broschüre, die in Tonpandy erschienen, aber schwer erhältlich war. Als wir kurz darauf in dieser Bergarbeiterstadt weilten, machten wir vergebliche Versuche, den Syndikalisten auf die Spur zu kommen. Der Sekretär eines großen Arbeitervereins, den wir befragten, erwiderte: „Syndikalisten? Ja, es gibt wohl hier und da einen; aber die Leute verhalten sich sehr ruhig und lassen nur dann und wann von sich hören.“ Und Tonpandy soll der Zentralpunkt der syndikalistischen Bewegung sein! Es muß noch hinzugefügt werden, daß die Syndikalisten Englands eben stark genug sind, ein winziges Monatsblattchen unregelmäßig herauszugeben, und das genießt noch die Unterstützung bürgerlicher Ideologen.

Man könnte nun sagen: Ja, eine syndikalistische Bewegung mag es in England nicht geben; aber syndikalistische Gedanken sind in der Masse der Arbeiter verbreitet. Auch das ist falsch. Das Endziel des Syndikalismus, die Forderung: das Bergwerk den Bergarbeitern, stößt beim Volke auf kein Verständnis. Selbst die paar englischen Syndikalisten haben diese Forderung aufgegeben, nachdem man ihnen vorgehalten, daß es doch höchst ungerecht sein würde, wenn z. B. ein Teil der Bergarbeiter eine große moderne Beche in Besitz nähme, während sich ihre Kameraden in einem alten Kütt abradern müßten, um nur Leib und Seele zusammenzubehalten. Und die gewalttätige Taktik der französischen Syndikalisten findet bei den Arbeitern Großbritanniens erst recht keine Anhänger. Wie ruhig ist nicht der große Bergarbeiterstreik verlaufen! Wäre das möglich gewesen, wenn die Syndikalisten ihre Hand dabei im Spiel gehabt hätten? Wie ordentlich geht es ferner jetzt bei dem großen Londoner Hafenarbeiterstreik zu! Der Minister des Innern mußte im Parlament selbst zugeben, daß sich die Streikenden exemplarisch verhalten, und die Polizeibehörde erklärt, daß während des Streiks die Verbrechen abgenommen haben. Wäre das möglich, wenn Sabotage, die Zerstörung des Eigentums gepredigt würde?

Der syndikalistische Popanz ist von den Schafsmachern Großbritanniens fabriziert worden, die damit eine Attacke auf das Gewerkschaftsgeheimnis des Jahres 1906, auf das Streikpostenstehen planen. Sie wollen der Öffentlichkeit Furcht einjagen; sie wollen beweisen, daß das Recht des Streikpostenstehens in der Hand dieser sogenannten syndikalistischen gewalttätigen Arbeitermassen eine Gefahr für die Öffentlichkeit bedeute. Daher auch die maßlose Uebertreibung der Kapitalistenpresse bei der Schilderung von geringfügigen Streikereignissen.

Es zeugt von einer großen geistigen Armut oder von Bösartigkeit, wenn sich Menschen, die vernünftig sein wollen, eine große Bewegung wie die der britischen Bergarbeiter, die der Not der Zeit entspringt, durch das einfältige Geschwätz der armen kapitalistischen Lintenulken erklären wollen.

Noch eins sei hier bemerkt. Der „Bergknappe“ schreibt, daß die britischen Bergarbeiter ihre Forderung — den persönlichen Minimallohn ohne Zugestehung einer Minimalleistung — nicht durchgesetzt hätten. Auch das ist unrichtig. In dem Minimallohngefecht ist von einer Minimalleistung nicht die Rede, wenn man darunter eine gewisse geforderte Rohlenmenge versteht. Die Zahlung des Minimallohns wird nicht von der Menge der geforderten Rohle abhängig gemacht. Was das Gefek fordert, ist, daß der Arbeiter auch seine Pflicht und Schuldigkeit tut. Und daß sie dies tun wollen, haben die Arbeiter immer wieder betont. Ein Mann, der ehrlich arbeitet, bekommt jetzt in den Gruben Großbritanniens laut Gesetz den Minimallohn ohne Rücksicht auf die geforderte Rohlenmenge und braucht nicht mehr, wie es früher häufig der Fall war, wenn ihm das Glück oder der Steiger abhold waren, mit einem Hungerlohn nach Hause zu gehen.

Ein Erfolg der Solidarität, Herr „Bergknappe“! J. K.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Weiteres Steigen der Fleischpreise!

Das Steigen der Fleischpreise hat auch im Juni weiter angehalten. Nach den Durchschnittspreisen in 50 preussischen Markorten war 1 Kilogramm im Mai d. J. teurer als wie im gleichen Monat des Vorjahres: Minderfleisch um 11,8 Pf., Kalbfleisch um 8 Pf., Hammelfleisch um 7,8 Pf., Schweinefleisch um 12,7 Pf. Für die erste Hälfte Juni ergeben sich jedoch schon folgende Preise und Differenzen für 1 Kilogramm in Pfennigen:

	1911	1912	Steigerung
Minderfleisch	188,4	179,—	12,8
Schweinefleisch	184,8	182,8	7,5
Hammelfleisch	180,—	181,7	11,7
Kalbfleisch	188,—	188,1	10,1

Vor drei Jahren war Minderfleisch 15,6 Proz., Kalbfleisch 13 Proz. und Hammelfleisch 15,1 Proz. billiger. Die Lebensmittelwucherer halten solche Ernte und das Volk muß bluten!

Dieser Zustand hat die Kellereien der Kaufmannschaft von Berlin veranlaßt, sich mit einer Eingabe an den Minister der öffentlichen Arbeiten zu wenden. Die Eingabe spricht sich über die Gründe der Fleischsteigerung aus, die eine Folge der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung seien, welche den Körnerbau zum Schaden der Viehzucht begünstigt. Die letztere ist heute zu einem beträchtlichen Teile auf die seit dem Inkrafttreten des Holztariffs von 1908 enorm gestiegene Einfuhr von Futtermitteln angewiesen. Diese wird zum Großteil von 1,80 Mark für 100 Kilo eingeführt; solange nicht die Rölle auch für andere Futtermittel, namentlich für Mais, abgesehen wird, werden wir dauernd mit hohen Fleischpreisen zu rechnen haben. Infolge der zu erwartenden Annappeit an Minderfleisch dürften daher die Preise der anderen Fleischsorten nicht fallen und deshalb die Vieh- und Fleischpreise allgemein hoch bleiben.

Die Kellereien sind der Ueberzeugung, daß nur eine Verringerung unserer Wirtschaftspolitik die genügende Erzeugung von Vieh und Fleisch auf die Dauer sicherstellen könne. Für den Augenblick aber empfehlen sie Maßregeln, die wenigstens den Verkehr mit den unzureichenden Vorräten und dadurch mittelbar die Versorgung der Verbraucher erleichtern. Sie machen daher nachstehende Vorschläge:

Nach dem jetzt geltenden Tarif für den Staats- und Privatbahnen-Tierverkehr beträgt die Fracht für 1 Quadratmeter Ladefläche für Großvieh auf den Entfernungen 300 und 600 Kilometer 5,05 bzw. 8,05 Mk., für Kleinvieh 7,40 und 11,80 Mk. Die Frachten betragen also auf den angegebenen Entfernungen für einen Wagen von 18 Quadratmeter Grundfläche für Großvieh 101,70 bzw. 165,70 Mk., für Kleinvieh 139,20 bzw. 208,02 Mk. Die Fracht für frisches Fleisch beträgt nach dem Ausnahmetarif für Fleisch vor frisch geschlachtetem Vieh bei Sendungen von 10 000 Kilo, 1,70 Mk. für 300 Kilo, auf einer Entfernung von 300 Kilometer, und 2,80 Mk. bei einer solchen von 600 Kilometer. Eine Ermäßigung des letzteren Satzes um 50 Prozent würde die Transportkosten für 1 Kilo, auf 600 Kilometer um 1,8 Pf. vermindern. Dieser Betrag könnte nun, verglichen mit dem etwa zu erwartenden Ertragsausfall der Eisenbahn, geringfügig erscheinen. Dem ist aber nicht so. Auch eine sehr geringfügige Verrückung des Transports wird Mengen von Vieh und Fleisch nach den großen Städten ziehen, die ihnen sonst nicht zugeführt worden wären. Dieses Mehrangebot in den großen Städten wird aber voraussichtlich die Preise für Vieh und Fleisch allgemein etwas erniedrigen oder doch ihr weiteres Steigen aufhalten.

Am schlimmsten leiden unter dieser ungeheuerlichen Preissteigerung die Arbeiter, insbesondere die Bergarbeiter, die sich kaum noch ein Stückchen Fleisch kaufen können. Das wird jedoch das Fehlen der Zentrumsblätter für „Christliche“ Streikbrecher, den be-rühmten „Bergknappen“, nicht abhalten, über Fleisch- und Brotunmangel zu höhnen, zu höhnen im Interesse der alleinigen machenden Zentrumsparität, der allein wir diese unerträglich hohen Preise verdanken.

Polen und Deutsche nach den Volkszählungen.

Unsere Satiriker können nicht genug über die Gefahr phantastieren, die dem Deutschland im Osten des Reiches von der Zunahme der so überaus fruchtbaren polnischen Masse drohe. Die ganze, überaus scharfe Polenpolitik des Reiches ist auf die Annahme gegründet, daß, wenn wir uns nicht energisch unserer Haut wehren, wir einfach in den östlichen Provinzen von den Polen aufgefressen werden.

Wie wenig diese Befürchtung zutreffend ist, zeigen die Ergebnisse der Volkszählungen, die von Prof. Dr. Brodski im letzten Heft der Zeitschrift des Kgl. Preuß. Stat. Landesamts einer recht interessanten Verarbeitung unterzogen werden. Was zunächst die Vermehrung der deutschen und der polnischen Bevölkerung im preussischen Staat überhaupt anbetrifft, so wurden bei der Frage nach der Muttersprache ermittelt:

in den Jahren	Deutsche		Polen	
	Absolut	in % d. Ges. Bevölkerung	Absolut	in % d. Ges. Bevölkerung
1890	26 867 855	88,02	2 785 101	9,28
1900	30 383 089	88,14	3 068 490	8,89
1905	32 857 070	88,11	3 255 717	8,92
1910	35 426 335	88,20	3 500 621	8,73

Während die deutsche Bevölkerung einen wachsenden Bruchteil der Gesamtbevölkerung darstellt, ist bei der polnischen das Gegenteil der Fall. Von 1905—1910 hat sich die deutsche Bevölkerung um 7,5 Prozent vermehrt, die polnische aber nur um 5,1 Prozent; seit 1890 die deutsche um 20,3, die polnische um 23,5 Prozent.

Das Bild verändert sich aber noch wesentlich, wenn wir die verschiedenen Landesteile ins Auge fassen. Greifen wir die polenreichsten Regierungsbezirke des Ostens: Allenstein, Danzig, Marienwerder, Posen, Bromberg und Oppeln heraus, so zeigt es sich, daß die Deutschen in diesen Bezirken von 1905 auf 1910 von 2 822 024 auf 3 088 028, also um 8,5 Prozent zugenommen haben, die Polen dagegen nur von 2 027 589 auf 2 997 237, d. h. um 2,4 Prozent, während die deutsch- und polnisch sprechende Bevölkerung von 75 028 auf 131 019 oder um 75,5 Prozent gewachsen ist. Also gerade dort, wo überhaupt nur von einer Polengefahr gesprochen werden könnte, ist das reine Polentum in einem starken relativen Rückgang begriffen.

Dagegen hat sich die Zahl der Polen im industriellen Westen, wo sie aber der übrigen Bevölkerung gegenüber fast verschwinden, relativ stark vermehrt. In den Regierungsbezirken Münster, Arnsberg, Düsseldorf, und den Provinzen Westfalen und Rheinprovinz wurden bei der Zählung von 1905: 941 268, bei der von 1910 aber 503 167 Polen und außerdem 1905: 27 952, 1910 aber 52 822 deutsch- und polnisch sprechende ermittelt. Die relativ größte Zahl von Polen befindet sich in den Bergbaubezirken, so in Neudlinghausen (Stadt), wo sie 23,1 Proz., Herne (Stadt), wo sie 21,6 Proz., Gelsenkirchen (Land), wo sie 17,7 Proz. und Hamborn (Stadt), wo sie 17,1 Proz. der Gesamtbevölkerung darstellen.

Im Osten ist der polenreichste Bezirk der Regierungsbezirk Oppeln, wo 1910: 1 169 340 Polen gegenüber 884 045 Deutschen ermittelt wurden. Aber gerade hier zeigt sich eine kräftige Entwicklung des Deutschtums. Während die Deutschen innerhalb der letzten Zählungsperiode um 15,5 Prozent zugenommen haben, haben sich die Polen nur um 0,9 Prozent vermehrt. Es wäre wirklich an der Zeit, daß unsere herrschenden Kreise der „Polengefahr“ etwas ruhiger ins Auge fäßen.

Soziale Rechtsprechung und Arbeiterversicherung.

Reiche Arbeitsgelegenheit für verletzte Bergleute

weiß die Knappschafts-Berufsgenossenschaft (Sektion II) zu Bochum ihren Rentenempfängern anzugeben.

Wohnt da in der Gemeinde Sprockhövel ein Bergmann, der für die Folgen eines doppelten Schädelbruchs, verbunden mit schwerer Gehirnerschütterung, 100 Prozent Unfallrente bezieht. Der Mann leidet an heftigem Nervenzittern und häufigen Schwindelanfällen. Die Ärzte sind sich darin einig, daß der Mann als völlig erwerbsunfähig zu gelten hat. Trotzdem versucht die Unfallkasse mit allen Mitteln, den Mann an irgend eine Arbeit zu bringen. Der Zwed ist klar. Sobald ein Unfallverletzter auch nur die geringste Arbeit im Eigenen verrichtet, können die 100 Prozent ermäßigt werden. Darauf soll und muß der Mann arbeiten. Man läuft sich für ihn sogar die Gaden ab, um irgend eine Beschäftigung aufzutreiben. Darüber gibt ein Schreiben Aufschluß, das der Kontrollbeamte der Unfallkasse am 28. Juni d. J. an den Verletzten richtete. (Unfall Nr. 112 658). Das- selbe lautet:

Herrn Betriebsführer Schäfer von Reche Wannen und Herrn Maschinenfänger Hildebrand von Reche alle habe ich gebeten, zu erwägen, ob Sie nicht beschäftigt werden können oder ob man Ihnen nicht eine Arbeitsstelle anbieten könne. (Gebrüder Sella oder Landwehr.) Fragen Sie doch mal bei den genannten Herren, vielleicht auch beim Herrn Dr. Hofmeier und dem Herrn Warrer oder dem Herrn Antmann an. Vielleicht ist einer der Herren in der Lage, Ihnen eine leichte Beschäftigung zu verschaffen.

Sollten Sie keine Beschäftigung finden, dann ziehen Sie einmal in Erwägung, welche Ausbildung Sie vielleicht betreiben können — Stuhlpoliererei, Korbflechterei, Wärfelbinden. Was halten Sie von der Erlernung der Schneiderlei? Sie könnten ja arbeiten, wie es Ihnen paßt. Und wenn Sie es zur Meisterschaft gebracht hätten, könnten Sie sich die Arbeit durch Gehilfen und Lehrlinge erledigern. Ist das Barbiergeschäft nicht für Sie?

Der Herr Kontrollbeamte fordert dann noch zum Schluß briefliche Mitteilung, wenn der Verletzte keine Hausarbeit aufnehmen.

Also auf den Gruben, wo der Mann den Unfall erlitten, kann auch der Kontrollbeamte für ihn keine Arbeit losmachen. Man will den völlig arbeitsunfähig gewordenen Mann nicht haben. Man soll er bei Gebrüder Sella auf dem Holzplatz oder bei einem Landwirt Arbeit suchen. Wenn ihn die auch nicht wollen, dann soll er zum Arzt, zum Warrer und Antmann gehen und diese um Versorgung einer Beschäftigung ersuchen. Versagen sämtliche Vorgesetzten, nun, dann mag er noch Stühle flechten, Körbe binden oder Wärfelbinden werden.

Großartig ist auch der Mat, die Schneiderlei zu erlernen. Der Mann ist 37 Jahre alt, hat sechs Kinder und sein Leben lang nur grobe Arbeit verrichtet und soll nun bei seinem schweren Nervensystem noch ein Handwerk erlernen und die Nadel regieren. Das macht man aber nach den Maßstäben des Kontrollbeamten in der ersten Zeit so, daß man arbeitet, wie es einem paßt und dann andere Leute, Lehrlinge und Gesellen für sich arbeiten läßt. Einfach, man wird Meister und die Sache ist gemacht. Dabei kann man nach den Vorschriften der Gewerbeordnung erst dann als Meister Lehrlinge ausbilden, wenn man drei Jahre Lehrling und drei Jahre Geselle war.

Wunderbar ist der Mat, Barbier zu werden. Wer traut sich denn unter das Messer eines total nervenkranken Menschen? Wenn die Herren von der Unfallkasse damit den Anfang machen wollen und dazu die Erlaubnis ihrer Frauen erhalten, kann ja über solchen Plan noch weiter geredet werden, sonst nicht, denn die bärtigen Männer von Sproßbüchel sind an ruhige Hände gewöhnt.

Es muß für die Unfallkrüppel schon anderwärts als in den angegebenen Berufen Beschäftigung gesucht werden und da hätten wir auch einen Vorschlag zu machen. Es ist bekannt, daß die Unfallkasse Leute ohne Sachkenntnis, ehemalige Bürgermeister, Schulmeister usw., einstellt. Wie wäre es, wenn man dort eine Reihe leichter Posten, z. B. die eines Kontrollbeamten, mit Verletzten, die körperliche Arbeit nicht mehr verrichten können, besetzt? So große Dummheiten, wie die Schreiberei obigen Briefes, werden die ganz bestimmt nicht machen, sicher aber werden sie die Leute, die von den Ärzten für vollständig arbeitsunfähig erklärt sind, nicht durch fortgesetzte unangebrachte Drängerei, irgend eine Arbeit aufzunehmen, belästigen. H. A.

Aus unseren Rechtsanwaltsbüros.

Wo holt sich der Arbeiter seine Rechtsbelehrungen?

Die Kulturarbeit der proletarischen Bewegung ist gewaltig und in vieler Hinsicht gar nicht meßbar. Ein kleiner Ausschnitt aus ihrem riesigen Arbeitsgebiet ist die nachfolgende Zusammenstellung; sie zeigt, wo der Arbeiter sich heute seine juristische Belehrung und Orientierung holt. Die Tätigkeit der Rechtsanwaltsstellen nach ihrer Anzahl, der Riffer der von ihnen geleisteten Auskünfte und der ausgeführten juristischen Schriftsätze gestaltete sich wie folgt:

Art der Rechtsanwaltsstelle	Anzahl der Auskünfte	Anzahl der Schriftsätze
Gemeinnützige und staatliche	114	309 097
Gemeinnützige Vereinigungen	29	188 000
Frauenvereinigungen	91	84 539
Freie Gewerkschaften	316	701 380
Christlich-Sozialistische Gewerkschaften	50	62 280
Christliche Gewerkschaften	54	40 773
Polnische Gewerkschaften	7	10 662
Gelbe, reichstreuere Gewerkschaften	8	4 506
Arbeiterberufsbünde	9	4 486
Evangelische	10	32 268
Kath. (christliche) Gewerkschaften	128	264 083
Nationalliberale	29	28 991
Ländliche Genossenschaften	10	6 456

Auch hier werden die Leistungen der freien Gewerkschaften von niemand erreicht, ganz gleich, welcher Art die Organisation ist!

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Ausgezeichnete Geschäftslage.

Die Geschäftslage ist ausgezeichnet, in der Bergbau und in der Eisenindustrie zeigt die Produktion Rekordfiguren, wie sie bisher noch nicht erreicht wurden.

Deutschlands Hoheisenerzeugung im Juni 1912 war wiederum um fast ein Drittel größer als im entsprechenden Monat 1911 und betrug im Tagesdurchschnitt 47 282 T. gegen 44 282, 45 511, 45 744, 47 555 und 47 213 T. in den Monaten Januar bis Mai d. J. Für das erste Halbjahr ergibt sich bereits eine Mehrproduktion von 741 993 T. oder 9,65 Prozent und die Erzeugung dieses einen Halbjahres bleibt nur um ein Geringeres hinter der Produktion des ganzen Jahres 1912 zurück. In einem Jahrzehnt hat sich also Deutschlands Hoheisenerzeugung nahezu verdoppelt. Die Entwicklung der Hoheisenerzeugung seit 1906 ergibt sich aus folgender Tabelle:

(in Tausenden)	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Januar	1 018 461	1 062 152	1 061 829	1 021 721	1 177 574	1 320 686	1 372 749
Februar	938 454	978 191	994 185	949 667	1 091 351	1 179 137	1 319 827
März	1 058 527	1 099 257	1 046 993	1 073 116	1 250 184	1 322 142	1 424 076
April	1 019 149	1 077 703	979 866	1 047 197	1 202 117	1 283 395	1 427 559
Mai	1 059 740	1 094 314	1 010 917	1 090 457	1 261 735	1 312 255	1 463 677
Juni	1 021 813	1 044 336	956 325	1 067 421	1 219 071	1 283 997	1 418 445
Juli	1 054 147	1 123 966	1 010 770	1 091 059	1 228 316	1 290 106	—
August	1 064 957	1 117 545	995 445	1 100 671	1 262 804	1 285 942	—
September	1 036 753	1 091 020	998 429	1 068 346	1 232 477	1 250 702	—
Oktober	1 073 874	1 138 676	941 582	1 112 829	1 291 379	1 334 941	—
November	1 061 572	1 122 225	930 733	1 119 051	1 272 333	1 313 896	—
Dezember	1 069 638	1 106 375	1 016 525	1 164 624	1 307 084	1 378 525	—
Jahressumme	12 478 067	13 045 761	11 815 411	12 917 652	14 793 325	15 534 223	—
Jahrsumme	6 053 129	6 355 353	6 049 271	6 203 253	7 292 032	7 882 639	8 424 632

Die Geschäftslage ist ausgezeichnet, daß die Hoheisenerzeugung einen länger andauernden Anstieg in der Höhe beizubehalten und an seine Abnahme folgendes Abwärtsschieben richtete:

Die günstige Lage des einheimischen Erwerbslebens läßt erwarten, daß die im Herbst jeden Jahres regelmäßig eintreffende Steigerung des Güterverkehrs in diesem Jahre einen bedeutenden Umfang annehmen wird und an den Eisenbahnverkehr und die Bagengestellung erhöhte Anforderungen herangetragen werden. Außerdem steht bei weiterem günstigen Witterungsverlauf eine reichliche Ernte bevor, so daß durch den Reibensbedarf, der sich überwiegend in den Monaten Oktober und November zur Zeit des härtesten Güterverkehrs vollzieht, eine noch größere Inanspruchnahme des Verkehrs an offenen Güterwägen eintreten wird als es im vergangenen Herbst der Fall gewesen ist. Es ist daher zu befürchten, daß sich, wie alljährlich, auch im kommenden Herbst ein heftiger und allumfassender länger andauernder Wagenmangel einstellen wird, und die Zeichen nicht in der Lage sein werden, die ihnen erteilten Verlaufsentscheidungen in vollem Umfang und vor allem in der gebotenen Frist auszuführen. Die vielfachen anlässlich des Wagenmangels im vergangenen Herbst aus den Kreisen der Verbraucher beim Eisenbahnverkehrsamt eingeleiteten Klagen über Lieferungsversäumnisse und die ihnen dadurch erwachsenen Schwierigkeiten geben Veranlassung, die Aufmerksamkeit auf die in Aussicht stehenden Abwehrmaßnahmen schon jetzt

hinzuweisen und ihr dringend zu empfehlen, ihren Brennstoffbedarf für die Herbst- und Wintermonate tünlichst frühzeitig in den Monaten Juli und August einzubringen und für die im Herbst zu gewärtigenden Ausfälle in den Lieferungen durch verstärkte Bezüge Vorsorge zu treffen.

Nie zuvor wurden in der Montanindustrie solche Rekordfiguren erreicht, wie jetzt, nie war die Zeit günstiger. Ein gewaltiger Goldstrom wird sich in die Geldschätze der goldenen Internationale ergießen. Die Bergarbeiter aber werden leer ausgehen. Dafür können sie sich bei den „Christlichen“ Streikbrüchlingen bedanken, die ihren Angehörigen und sich selbst das Stückchen Brot aus dem Munde „gesiegt“ haben.

Ueber den Bergbau im Königreich Sachsen

Während der letzten 20 Jahre ist einer Statistik des Bergamtes zu entnehmen, daß sich dieser während dieses Zeitraumes erheblich gehoben hat. Während man im Jahre 1891 Erz, Braun- und Steinkohlen im Werte von rund 52 Millionen Mark fürbarte, betrug der Wert der im Jahre 1911 geförderten Menge rund 77,8 Mill. Mark, das ist eine Steigerung um rund ein Drittel. Und stärksten sind prozentual berechnet an dieser Steigerung die Braunkohlenwerke beteiligt, die 1891 für 2 831 000 Mk., 1911 dagegen für 10 992 000 Mk. fürbarten. Die Steinkohlenproduktion hatte 1891 einen Wert von 43 800 000 Mk., 1911 dagegen 65 587 000 Mk. Nur bei Erz nahm die Ausbeute ab, 1891 betrug der Wert derselben immer noch 5 600 000 Mark, 1911 dagegen aber nur noch 1 317 000 Mk. Einen ungeheuren Aufschwung nahm die Vorkammerzeugung. Während noch im Jahre 1901 nur 122 724 T. im Werte von 1 130 100 Mk. erzeugt wurden, stieg die Produktion im Jahre 1911 auf 887 028 T. im Werte von rund 7 000 000 Mark. Die Belegschaften sämtlicher sächsischer Bergwerke zählten 1891: 81 071 Mann, 1911 aber 34 600 Mann. In Pensionen, Krankegebern usw. zählten die Knappschafts-Pensionskassen rund 1 500 000 Mk., 1911 aber 2 000 000 Mk., die Knappschafts-Krankenkassen 1890: 700 000 Mk., 1911 dagegen 1 400 000 Mk., und die Knappschafts-Berufsgenossenschaft 1890: 480 000 Mk., 1911 aber rund 1 000 000 Mk. Die soziale Fürsorge für die Belegschaften hat demnach auch gleichen Schritt gehalten mit der Wertsteigerung der geförderten Mengen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Ein Bischof auf Agitation.

Je mehr durch die freigeistlich organisierte Arbeiterbewegung der Kapitalismus seinen Profit bedroht sieht, um so mehr sehen alle „positiven Christen“ die Religion schwinden und werden deshalb alle Kräfte angepannt, dem „Gott Prosit“ zu dienen und dem „Unglauben“ den Krieg zu erklären. Daß aber ein Bischof in Volkssammlungen als Feind- und Agitationsprediger auftritt, dürfte seit anno, als Bonifazius und Wilfrid am predigten, nicht wieder dagewesen sein; jetzt, am 7. Juli 1912, hat der Bischof von Paderborn in Gelsenkirchen und Hiltropen auf dem Fest der katholischen Volksvereine eine „ferne“ Ansprache gehalten und u. a. gesagt:

„Ihre katholische Ueberzeugung und Ihre Anhänglichkeit an die hl. Kirche sind unerwiderlich wie die Eichen unserer Wälder und fest wie das Eisen unserer Berge. Die Wahrnehmung eines blühenden, kräftig pulsierenden religiösen und kirchlichen Lebens in der aufstrebenden Groß- und Industriestadt Gelsenkirchen muß auf jeden einen tiefen Eindruck machen, der weiß, welche unerlöschliche Fackel im Menschentum die Religion, der Glaube, das Christentum, die Kirche ist. In vergangenen Jahrhunderten war es genug, wenn die Bischöfe und Priester in der Öffentlichkeit des Lebens für die Religion eintraten und den Glauben verteidigten und rechtfertigten. Aber heute ist unsere Religion und unser Glaube in den Mittelpunkt des Kampfes gestellt, da muß jeder wahrhaft katholische Mann für sie einstehen und Rechenschaft geben, wenn sie angegriffen wird.“

Wir haben von der Treue und Anhänglichkeit dieser Katholiken an ihren Glauben und ihre Kirche sogar eine bessere Ueberzeugung wie der Herr Bischof, denn wir nehmen an, daß sie feier und unerschütterlich stehen, als die Eichen in den westfälischen Wäldern, die man allenthalben abgehaue hat. Vor den westfälischen Eichen hat der „Gruß- und Gütenkapitalismus“ nicht halt gemacht, und so sehr man die Widerstandskraft der alten kurrigen westfälischen Eichen auch rühmt, sie haben nicht standgehalten, sondern sind unbarbarisch gefällt worden. Den Glauben aber braucht der Kapitalismus, zwar nicht der einzelne Kapitalist für sich, der kann ohne Glauben sehr gut und vornehm leben, wie er ja gegen alle Glaubenssätze zu handeln gezwungen ist, — aber für die Massen, aus denen der Kapitalismus seinen Reichtum herausziehen muß, braucht man Religion, viel Religion, viel Glauben, und so werden die Kapitalisten den Glauben fördern, nicht ausrotten noch abhauen, wie sie die Eichen abgehaue haben.

Wenn der Herr Bischof dann weiter davon redet, daß die Religion und „unser Glaube“ heute in den Mittelpunkt des Kampfes gestellt seien, so hätte er auch sagen sollen, wo man das gesehen hat und fortgesetzt noch geschieht. In den politischen Tageskampf hat das Zentrum die Religion nicht nur hineingezogen, sondern es betreibt seine ganzen Parteigeschäfte ausschließlich mit und im Namen der Religion. Im Namen der Religion verteuerte es dem ganzen Volk das Brot, schuf es die infame Reichsfinanzreform, im Namen der Religion verhängte es — in Preußen, Bayern und Elsaß-Lothringen — die Vergehe, raubte den Invaliden das Wahlrecht in den Knappschaftskassen, im Namen der Religion vorentzählte es dem preussischen Volke ein gerechtes Wahlrecht und im Namen der Religion bewilligt es Millionen für Kriege- und Nordwerkzeuge, trotzdem die Gebote der Religion das Gegenteil fordern und man allmonatlich in allen katholischen Kirchen betet: „Vor Pest, Krieg und Hungersnot bewahre uns o Herr!“ In den gewerkschaftlichen Kampf wurde die Religion von den M.-Glückbacher Streikbrüchlingen, durchweg Mitglieder des katholischen Volksvereins, hineingetragen und damit die Arbeiter in zwei feindliche Lager getrennt. Wir bedauern diesen Zustand, haben das von jeher betont und sind von jeher dafür eingetreten, die Religion aus dem politischen und gewerkschaftlichen Kampf auszuschalten, jeden einzelnen nach seiner Passion selbigen lassen. Religiöse Fragen sollen in Kirchen und religiösen Vereinen, nicht in politischen und gewerkschaftlichen Organisationen ausgetragen werden. Daß die Religion heute in den Tageskampf mit hineingezogen, das bedauern wir schon deshalb, weil die Arbeiter dadurch allein die Geschädigten sind. Aber die Schuld fällt ausschließlich auf die Parteigeschäfte, denen die Religion nur Mittel zum Zweck ist und nicht selten sogar zu einem recht schädlichen Zweck ist.

Nicht einmal auf dem Band ruffen dürfen mehr die „Christen“

Bei jeder Gelegenheit, die sich nur bietet, versuchen die „schlaue Opportunisten“ vom M.-Glückbacher „Christentum“ aufzufallen, möge nicht wichtig zu tun, vor allem aber sich nach „oben“ hin in gute Entfaltung zu bringen. Es war deshalb auch mit Bestimmtheit zu erwarten, daß sie die Annäherung des Kaisers und der Minister zur Reiterfeier der Firma Krupp in Essen in möglichst aufregender Weise für Reklamezwecke auszunutzen versuchen würden. Sie schienen auch die Aussicht besser, als jetzt, nachdem sie zuerst bei der Reichstagswahl ihre „haaßzerstreuende“ Gesinnung und Zurechtweisung zum Schatz der Kapitalisten bewiesen, in Vöckum dem Kommerzienrat Vöckum seinen „schlichten Mann aus dem Schacht“, in Duisburg einen offenen Scharfmacher, in Essen einen Streikführer gewählt und dann nach die Knebelkette im Ruhrbergarbeiterstreit gegen die „begehrlichen“ Vergleiche herausgehauen hatten, dafür nun allerschönste Anerkennung, Dank und Orden, Streikbrüchlingen zu erhalten. Wie die Bergpresse meldet, war geplant, seitens der „christlich-nationalen“ Arbeiter dem Kaiser eine große Guldigung darzubringen und hatte zu diesem Zwecke Pfarrer Wöbe — ein „christlich-nationaler“ Arbeiter aufmarschieren, muß der Pfarrer die Zeitanne spielen — aus M.-Glückbach in Berlin angefragt, worauf ihm aus der Reichskasse folgende Antwort zugegangen ist:

„Die Zeit Sr. Majestät ist derartig beengt, daß sowohl die Firma Krupp, als auch die Stadt Essen schon auf wichtige Punkte des von ihnen vorgelegten Programms haben verzichten müssen. Es wird unter diesen Umständen kaum möglich sein, einen neuen Programmpunkt einzufügen. Der Herr Reichstagsler bedauert aufrichtig, daß die Umstände es voraussichtlich nicht gestatten werden, Ihrem Wunsch Folge zu geben, den er mit großer Sympathie begrüßt hat.“

Der Kaiser lehnt die Guldigung der „christlich-nationalen“ Streikbrüchler ab. Das muß doch für Leute sehr schmerzhaft sein, die schon von Orden getraut haben, die noch als Pferde auf den „Christen“-brillen stehen und die sich, auf dem Bande ruhend, als so gerne verdient hätten! Nicht mehr des Bandenführers gönnt man den „schlaue Opportunisten“! Schredlich, zu schredlich!

Ein Wassermann ist mir lieber als hundert Saueremann!

Wer diesen Ausruf ausgeprochen hat? Nun, kein anderer als Adam Stegerwald, der Zentrumsagitator und Generalsekretär der „Christlichen“ Gewerkschaften Deutschlands!

In einem Artikel „Christliche Gewerkschaften und Reichstagswahl an der Saar“ in der katholischen „Saarländer Zeitung“ vom 8. Juli d. J. heißt es:

„Am 2. Juli hatten wir einen Artikel der „Trier. Landeszeitung“ abgedruckt, in welchem ein Mitglied der christlichen Gewerkschaften an der Saar nachgewiesen wurde und zwar hauptsächlich als eine Folge des Verhältnisses der christlichen Gewerkschaften bei den letzten Reichstagswahlen.“

Genau hatten wir eine Erklärung des Gewerkschaftsführers Stegerwald aus der „Saar. Volkszeitung“ (Nr. 572) dazu abgedruckt, worin er sagt, es sei unklar, daß leitende Personen der christlichen Gewerkschaften und deren offizielles Organ die Kandidatur Saueremann sehr stark bekämpft haben.“

Dazu schreibt nun der Gewerkschaftsmann von der Saar, eine mit den Verhältnissen durchaus vertraute Persönlichkeit, in der „Trier. Landeszeitung“ das Folgende:

1. Herr Stegerwald freilich vielleicht um Worte. Es ist möglich, daß er mit „führenden Personen“ einen anderen Begriff verbindet als wir. Tatsache ist und bleibt es aber, daß Personen, die in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und an der Saar eine „führende“ Rolle spielen, u. a. Zahlreichen vorstehende, eifrig, selbst in den liberalen Wählervereinigungen, gegen Saueremann und für Wassermann eintreten. Daß aber das Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften öffentlich gegen Saueremann Stellung genommen hat, muß für Herr Stegerwald selbst zugeben, indem er die folgende Stelle aus dem Zentralorgan zitiert:

„Der Wahlkreis Saarbrücken hat eine außerordentlich bewegte politische Vergangenheit, wird von zwei bürgerlichen Parteien sehr heftig umstritten, die politischen Verhältnisse sind die denkbar kompliziertesten. Die an der Saar verhältnismäßig junge christliche Gewerkschaftsbewegung hat in beiden bürgerlichen Parteien zahlreiche Anhänger, so daß wir es für selbstverständlich hielten, daß sein führender Kollege aus unserer Bewegung — und als solcher wird Saueremann, wenn er auch kein Gewerkschaftsbeamter ist, in der Öffentlichkeit betrachtet — sich als Punkt in das politische Pulverschloß an der Saar werfen lassen.“

Wenn also hiernach die Gründe in den „komplizierten Verhältnissen“ des Wahlkreises Saarbrücken lagen, dann ist es um so auffälliger, daß die Leitung der christlichen Gewerkschaften nicht mit derselben Leutlichkeit und Offenheit gegen die von christlichen Gewerkschaften aufgestellte Sonderkandidatur im Wahlkreise Saarburg-Verlaine-Saarlouis aufgetreten ist, denn die Verhältnisse in diesem Wahlkreis bei der letzten Reichstagswahl waren mindestens ebenso kompliziert und die Streiklandkandidatur müßte direkt wie Sprengpulver wirken, was der obersten Leitung der christlichen Gewerkschaften nicht unbekannt war!

2. Was den Ausdruck Stegerwalds betrifft: „Ein Wassermann ist mir lieber als hundert Saueremann“, so können wir für seine Wichtigkeit eine Reihe von glaubwürdigen Zeugen anführen. Wir wollen die Namen derselben nicht öffentlich nennen, hinterlegen sie aber bei der Redaktion der „Trier. Landeszeitung“, ihr anheimgebend, sie auf Anfragen mitzuteilen.“

Wir haben keine Zeit, uns an dieser Stelle mit der Frage der Reichstagswahlen an der Saar zu beschäftigen. Uns interessiert dafür desto mehr der Ausspruch Stegerwalds, daß ihm ein Wassermann lieber sei, als hundert Saueremann!

Wassermann ist zwar ein ausländischer Mensch, aber für den Zentrumsmann Stegerwald doch ein Nationalist, gar ein national-liberaler Parteiführer, nebenbei ein reichlicher Reichsbeamter. Und dieser Mann ist dem Stegerwald als Reichstagsabgeordneter hundertmal lieber als der strenggläubige Katholik, der Bergmann und „Christlicher“ Gewerkschaftsagitator Saueremann! Für diese Abneigung müssen allerdings sehr gewichtige Gründe mitgespielen. Zum Teil hat Stegerwald, wie wir oben lesen, sie andeuten versucht. Aus Angst, daß den „Christlichen“ Gewerkschaften die Mitglieder an der Saar stören gehen, mußte Saueremann geopfert werden. Eine Anschauung, die sich mit einer früheren Äußerung Hülles' deckt. Nun hat Stegerwald seinen Willen bekommen. Wassermann ist gewählt, Saueremann nicht. Aber die „christlichen“ Gewerkschaften haben im Saarrevier dennoch massenhaft Mitglieder verloren. Ein Beweis, wie auch hier der „christliche“ Strale Stegerwalds völlig verfehlt hat. Dem Mann glückt eben wenig, weil sein Wollen über sein Können geht. Da hilft ihm auch sein „Opportunismus“, auf den er sich soviel einbildet, nichts. Was dem Manne anhaftet, das ist eine gute Portion politischer und gewerkschaftlicher Heuchelei. Das zeigt sich immer mehr im Laufe der Zeit und das zeigt sich auch in seinem Verhalten in der Kandidatenfrage in Saarbrücken.

Diese Eigenschaft Stegerwalds schreut selbst seine politischen Gesinnungsgrößen auf, und um der Welt zu zeigen, wessen Geistes Kind der „christliche“ Generalsekretär ist, darum die Veröffentlichung des hochinteressanten Ausspruchs dieses Mannes.

Im Übrigen wird Stegerwald im eigenen Lager noch manches kosten müssen, ehe seine politische Mißachtung, Saueremann gegenüber, in Vergessenheit gerät.

Knappschaftliches.

Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Knappschaftsverbandes.

Die Generalversammlung des Allg. Deutschen Knappschaftsverbandes fand am 27. Juni zu Heidelberg statt. Geheimrat Dr. Weidmann eröffnete die Sitzung um 10 Uhr vormittags, begrüßte die anwesenden hohen Herren, aber äußerst kurz, und teilte mit, daß um 1 Uhr die gemeinsame Mittagspause (mit Damen) eingenommen würde.

Der Verwaltungsdirektor Simons-Vorlin gab dann den Geschäftsbericht. Danach betrug die Einnahme über 42 000 Mk., die Ausgabe über 19 000 Mk., der Ueberschuß über 22 000 Mk. Er hob ferner hervor, daß der Verband sich im letzten Jahre nur mit dem Entwurf der Regierung zum Knappschaftsgesetz beschäftigte, zu welchem Zwecke der ständige Ausschuß mehrere Sitzungen abgehalten habe.

Zur Wahl der Vertreter in den ständigen Ausschuß bemerkte unser Kamerad Jungesblut, daß die Regierung dem ständigen Ausschuß die Geheimnisse zur Verfügung überlasse, dem aber kein Arbeiter angehört. Die Arbeiter würden bei Beratung der Entwurfsentwürfe beiseite gehalten, ihre Forderungen und Wünsche würden in keiner Weise berücksichtigt. Man solle doch hier Parität walten und auch Arbeiter in den ständigen Ausschuß wählen. Jungesblut schlug dann den Knappschaftsältesten Klare als Kandidaten zur Wahl in den ständigen Ausschuß vor. Trotzdem aber selbst ein Werkvertreter meinte, daß der Standpunkt Jungesbluts richtig sei, man solle es den einzelnen Vereinen überlassen, die Arbeitervertreter vorzuschlagen, und Weidmann erklärte, die Vertreter der einzelnen Vereine hätten sich Vorschläge gemacht und die Vorgeschlagnen seien auch gewählt worden, wurde der Vorschlag Jungesbluts doch nicht berücksichtigt. Die ausgeschiedenen Werkvertreter wurden wiedergewählt.

Die Arbeiter haben also im ständigen Ausschuß, der so wichtige Aufgaben zu erledigen hat, nichts mitzureden, sie sind darin gar nicht vertreten, wurden beiseite geschoben, die Unternehmervertreter wollen da ganz unter sich sein. Aber bei der Zahlung der Beiträge werden die Arbeiter nicht ausgeschaltet, das Recht, oder besser die Pflicht, Beiträge zu zahlen, wird ihnen von den Unternehmern gar nicht freitret gemacht.

Bei der Feststellung des Entwurfs einer Musterabgabe für die Knappschaftsvereine erörterte Dr. Weidmann zunächst die gesetzliche Lage hierzu. Unser Kamerad Jungesblut kritisierte die §§ 18a, 58a, 71 und 74 und beantragte dazu verschiedene Veränderungen, aber ohne Erfolg. Der vorgelegte Entwurf wurde gutgeheißen und dem ständigen Ausschuß zur Vornahme einiger reaktioneller Veränderungen überwiesen. Es scheint, als ob die fünf Reaktionen nur zur Dekoration gelassen waren, beachtet wurden ihre Ausführungen und Vorschläge nicht.

In seinem Schlußwort sagte Dr. Weidmann, daß die Regierung die Industrie und die Vereine durch die Verringerung der sozialen Gebote in den letzten Jahren fortwährend beunruhigt hätte, er wünsche, daß jetzt Ruhe eintrete, damit sich die Vereine entwickeln könnten zum Wohle der Industrie, der Werkbesitzer und der Arbeiter.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die völlig unzureichenden Fortschritte in sozialer Beziehung den Werkbesitzern viel zu weit gehen, daß hätte Dr. Weidmann gar nicht erst zu sagen brauchen. Die Herren wünschen jetzt Ruhe, das heißt Kirchhofsruhe.

... Statutengemäß sollen sie (die „Christen“ — Der Bericht erstatter) „politisch neutral“ und „intersektioneell“ sein. In Wirklichkeit aber machen auch sie aus ihrem Herzen keine Würdengrube und lassen das Banner christlich-nationaler Nächstenliebe in einer ganz besonderen Farbe slattern. ... Welcher von den Gewerbevereinen der freien Gewerkschaft, den Hirsch-Dunckersch Gewerbevereinen oder den „christlich-nationalen“ Gewerbevereinen aber der radikalste ist, bedarf keiner weiteren Ueberlegung. Mir wenigstens will es scheinen, als ob das der unter der falschen Flagge des Christentums und des Vaterlandes sei. Ihren Radikalismus freilich kann ihnen kein vernünftiger Mensch verdenken, zumal wenn es sich um das schöne Ueber und die gute Befolgung der Herren handelt. Na, na! — O. W. Weiterhin aber auch aus dem Grunde nicht, weil sie stets bei Forderungen anderer Verbände noch radikaler und schroffer vorgehen müssen als diese, damit sie wenigstens einen einigermaßen annehmbaren Mitgliederstand behalten. Wie sich dieser Radikalismus aber mit ihrem Christentum, das sie anscheinend in Spezialpachtung genommen haben, zusammenreimt, weiß ich nicht. Jedenfalls gibt es dort nicht das Wort: „Liebet eure Feinde!“ Das merkt man ja auch schon an dem christlichsten Blatte im Saarrevier, der „Saarpfost“, in deren Gebetbüchlein dieses Wort jedenfalls nicht steht. Abgesehen aber von dieser „christlichen“ Bezeichnung erscheint mir auch das Wort „national“ absurd. Haben die Herrschaften dieses vieleckige (!) Wort, mit dem man sojagica heute hantieren geht, vielleicht gepachtet? Ist es nicht geradezu eine Unverschämtheit und Frechheit,

denn auch fest gehalten. Das elende, korrumpierende System der Antriebsbeugung ist beseitigt. Die Nachschicht ist abge schafft und der Weg zurückgeogen. Die Kameraden, in dem auch recht aufzuweisen, daß die Verwaltung mit ihrem pöblichen Lohnraubig unseinerwilligen, weise den Anstich zu diesen Verbesserungen gegeben hat. Sie werden alles tun, um sie sich zu erhalten, werden aber auch jeden neuen Versuch einer Lohnföhrung ebenso bestimmt zurückweisen. Die Dauer und Förderleistung sind fast vollständig organisiert und werden mit Hilfe unserer Verbände gegen das Herabdrücken ihrer Lebenslage sich zu wehren müssen. Sollen wir nehmen die Arbeiter der Nachbargemeinden und auch die Leute in den Nebenbetrieben sich das zur Reize, damit sie nicht eines Tages vor die gleiche Frage gestellt werden und sie die richtige Antwort schuldig bleiben müssen. Denn ohne Organisationswürden sie schließlich Widerstand gegen Verschlechterungen leisten können.

30,30, Nonnenberg 61,30, Stimmeln 22,30, Wehlen 208,-, Wernitzgraben 135,50, Altenberg 68,-, Burgdorf 13,25 (1,75), Einzelmitglieder 40,25 (15,75) Wrt.

Beitrag: Halle: Wrt 137,80, Zimmern 229,60 (2,50), Wittenberg 552,60, Bernburg 348,90, Wittenfeld 351,40, Halle 184,20 (0,50), Cernigau 134,50, Salza 60,70, Brandleben 64,-, Freie 88,50, Wittenberg 15,50, Witten 30,-, Halle 192,50, Seelinggen 92,10, Solleben 88,-, Witten

Als die ober-schleßischen Bergarbeiter dieses Frühjahr die belächelte Vorknorrderung von 15 Prozent stellten, jammerle in der „Schleßischen Zeitung“ ein armer, schwer geplagter Grubenmagazt über die „schlechte Lage“ des ober-schleßischen Bergbaues. Nach diesem Artikel, den übrigens fast alle ober-schleßischen Tagesblätter abdruckten, gab es im ganzen Land keine ärmeren Leute, als die vielgeplagten Grubenbesitzer, die Donnermeder, Schweißgäht, Kalleistrem, Köhnenlohe, Zehle-Windler, Pfeiz ufm., bei denen es kaum noch zu Margarine, Pektarkaiseln mit geringe lauge, während dahingegen die „nie zufriedenen“ Arbeiter glänzend gekleidet waren. Jetzt teilt die Werkspreffe mit, daß die Verhältnisse niemals so günstig waren, als jetzt. Der Bericht der Gruben besagt: „... Von den gefanten ober-schleßischen Gruben konnten in der Zeit vom 16. bis 30. Juni dieses Jahres bei 11 Förderanlagen 114 555 Waggons oder förderdurchschnittlich 10 411 Waggons auf den Weg gebracht werden, während die Vorknorrungen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres bei 12 Förderanlagen 117 798 Waggons oder förder-

100 Stück 50 Pf.

H. Haussmann & Co., Bochum

Futterale zum Schutze der Mitglieder
in der Geschäftsstelle der „Berg-
arbeiter-Zeitung“ zu haben.